

Erscheint täglich außer Montags, Abonnement: Preis für Berlin: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1891 unter Nr. 6192.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 30 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 4 bis 7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Lehrerpreis: Amt 6, Nr. 4106.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Freitag, den 12. Juni 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

### Ein frommer Wahn.

Den Sozialismus durch die Kirche zu bekämpfen war der Grundgedanke der päpstlichen Enzyklika, mit deren Sophismen wir uns des Näheren beschäftigen haben, und es war auch der Grundgedanke des evangelisch-christlichen Kongresses, der gleichfalls in diesen Spalten besprochen worden ist. Dort die katholische, hier die protestantische Kirche im Kampf mit uns — und beide feindliche oder konkurrierende Kirchen mit gleicher Aussicht auf Erfolg, oder richtiger auf Erfolglosigkeit. Hat doch Professor Hermann von Marburg auf dem evangelisch-christlichen Kongress selbst zugeben müssen — wenn auch nicht in Worten, doch dem Sinne nach —, daß der Kampf der Kirche gegen den Sozialismus ein Windmühlkampf ist. Und das gilt von der katholischen ganz genau ebenso wie von der protestantischen Kirche der verschiedenen Bekenntnisse. Die soziale Frage wird nicht mit religiösen Glaubenssätzen gelöst; und daß die Kirche ihrem ganzen Wesen nach unfähig ist, eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen und das gesellschaftliche Elend zu mildern, geschweige denn zu beseitigen, das wird durch die Kirchengeschichte bewiesen — die katholische sowohl als die protestantische. All diesen prahlenden Ankündigungen der „Mission der Kirche auf sozialem Gebiet“, mit denen wir am Ende des 19. Jahrhunderts überschüttet werden, brauchen wir nur, um ihre Nichtigkeit jedem Denkfähigen begrifflich zu machen, die Thaten und Leistungen der Kirche seit ihrem Bestande entgegenzuhalten. Das Jahrhundert, in dem wir leben, ist das neunzehnte der christlichen Ära, und die sozialen Uebel, welche die Kirche jetzt heilen zu wollen und heilen zu können behauptet, sind in der Ära ihrer eigenen Herrschaft gewachsen, und von ihr theils durch Duldung sanktioniert, theils durch Begünstigung positiv gefördert worden. Die Vergangenheit der Kirche ist die reductio ad absurdum ihrer sogenannten Mission zur Lösung der sozialen Frage.

Ein Christ, der es mit dem Christenthum ehelich meint — der ehemalige sächsische Hauptmann von Egidy sieht dies auch sehr wohl ein und er giebt deshalb die christliche Kirche preis. Er will das wahre Christenthum wieder einführen, und da dies eine etwas schwierige Aufgabe ist, sntemalen das „wahre Christenthum“ erst gefunden werden muß, berief er zu Pfingsten die Gleichgesinnten und Gleichstrebenden zu einem Kongress nach Berlin. Dem Veranstalter, der für seine Ueberzeugung zum Märtyrer geworden ist — er wurde wegen seiner Schrift: „Ernst Gedanken“ aus dem

Offiziersverband ausgeschlossen — war und ist es jedenfalls ernst mit seinem Streben, und das giebt ihm und seinem Streben Anspruch auf unser Interesse.

Der offizielle Bericht über den „Pfingstkongress“ ist jetzt erschienen. Er liegt uns noch nicht vor, wir finden aber in einigen anderen Blättern eine augenscheinlich objektive Mittheilung darüber, die wir nachstehend ihrem vollen Wortlaute nach veröffentlichen:

„Der Bericht enthält die wörtliche Wiedergabe der Rede, mit welcher der Verfasser der „Ernst Gedanken“ die Versammlung eröffnet hat, die Darstellung einiger Gedankengänge, welche in den Ansprachen anderer Redner zum Ausdruck gelangten, sowie ein zusammenfassendes Schlusswort. Als der Zweck des Zusammenkommens wird bezeichnet: „Der Welt kund zu thun, daß eine Anzahl deutscher Männer fest entschlossen ist, das Einige Christenthum als bestehendes Eigentum für die Menschheit wieder zu gewinnen, in kurzem Gedankenaustausch die schmerzlichen Wünsche des bei Weitem größten Theils unseres Volkes niederzulegen und die Grundzüge festzustellen, die unser Handeln fortan leiten werden.“ Der Gedankengang der Eröffnungssprache ist kurz der folgende: Jeder ehrliche Blick in das Weltgetriebe sagt uns: wir gehen falsch; jede Frage an unser Gewissen ruft uns ein kräftiges „Halt“ und „Umkehr“ zu. Der Nation muß die Religion wiedergegeben werden, Religion, d. h. nicht Unterordnung unter menschliche Satzungen, sondern Gewissenhaftigkeit. Seit lange haben wir eine gemachte, einseitige Religion; wir müssen zu der allseitigen übergehen. Das erste Erforderniß ist, alle Versuche aufzugeben, die Erscheinung des Heilands in eine Reihenfolge von allein gültigen Sätzen zu fassen. Nicht die Frage: „wer war Christus“ ist der Kernpunkt des Christenthums, sondern die Verförperung des Christenthums in uns selbst. Nur die Uebertragung der Religion auf unser Thun macht den Christen. Zweitens müssen wir einen Staat schaffen nach Christi Lehren. Dann haben wir Alles in einem Begriff: Religion, Christenthum, Kirche; Vaterland, Staat, Leben. Dann ist auch der Fürst des Landes nicht mehr oberster Bischof nur der Kirche, zu der er sich bekennt, dann vielmehr einigen sich Krummstab und Szepter im Kreuze. Der Fürst wird Stellvertreter Gottes auf Erden. Es soll kein neuer Sonderverband gebildet werden, der christliche Gedanke soll gleichzeitig in den Herzen von Millionen und Abermillionen Wurzel fassen, und dann wird, wie mit einem Zauberstrich, das Christenthum da sein. Nur keinen Verein und keine Beiträge. Beschlüsse sind lösende Worte, zu Entschliessungen wollen wir — innerlich — gelangen. Von durchschlagender Bedeutung ist das baldigste Aufheben der Sekteln, es würde sich darin ein erster Sieg des christlichen Gedankens zeigen. Zur Verwirklichung der Ideen soll jeder sein Wahlrecht auf das Entschlossene zum Heil des Vaterlandes, das ist zur Schaffung eines wahren christlichen Staates einsehen. In dem weiteren Bericht hebt Herr v. Egidy noch einmal ausdrücklich hervor, daß er neben den „natürlichen“ Verbänden: Familie, Gemeinde, Staat — die Kirche für unnöthig halte. Was den verschiedenen Kirchen als „Behörde“ bisher oblag, übernimmt der Staat. Was den Austritt aus der Landeskirche betrifft, so hält Herr v. Egidy unbedingt an der Hoffnung fest, daß die Zukunft uns

sanft überleitende Zustände schaffe, die dem Einzelnen einen Entschluß ersparen, der ihm selbst der größte Schmerz sein müßte. Zum Schluß bekräftigt Herr v. Egidy noch einmal seinen Glauben an das Werden idealerer Zustände, sowie seine Zuversicht auf die eigene Kraft.“

Und die „Weser-Zeitung“, der wir das Resumé entnommen haben, fügt als ihr Urtheil hinzu:

„Die Unternehmung war für ihren Urheber nicht unrühmlich; es wird ihn immer auszeichnen, daß er Stellung und Einkommen dran setzte, um seine Ueberzeugung zu bekunden. Allein, daß seine Unternehmung gescheitert ist, darüber wird sich Niemand mehr täuschen. Mit derartigen Schwärmerien lockt man heutzutage keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor.“

Die „Weser-Zeitung“ hat mit ihrem Urtheile Recht, wenn auch ihre Gründe nicht die unsrigen sein können. Was will Herr v. Egidy?

Das was man die christliche Sittenlehre nennt — denn um sie, nicht um das Dogma handelt es sich: die Lehre von der Verwerflichkeit der Selbstsucht und der Menschenfurcht, die Lehre von der Nächstenliebe, die Lehre, daß wir Keinem thun sollen, was wir nicht wünschen daß er uns thue, die Lehre von der Aufopferung für die Pflicht, — kurz, diese ideale, christlich genannte Sittenlehre will v. Egidy im Leben verwirklichen, den schreienden Widerspruch, der heute in der christlichen Gesellschaft zwischen Lehre und Handeln besteht, aus der Welt schaffen und so von den „christlichen“ Völkern das Brandmal der Heuchelei entfernen, das ihnen, wie in den Berichten der Missionäre zu lesen ist, die Verachtung der Muhammedaner und Hindus eingebracht hat, bei denen der Zusammenhang zwischen Lehre und Handeln noch nicht verloren gegangen ist, wie bei uns, die wir auf dem Boden der kapitalistischen Wirthschaft stehen.

Die Grundlagen des Kapitalismus sind mit der christlichen Sittenlehre nicht verträglich; Kapitalismus und Christenthum sind diametrale Gegensätze. Der Kapitalismus bedingt die Ausbeutung und Unterdrückung, welche von der christlichen Sittenlehre verdammt werden. Die christliche Sittenlehre schließt die Praxis des Kapitalismus mit all seinen Konsequenzen aus. Das Eine von Beiden ist neben dem Andern nicht möglich; der Kapitalismus muß seinem Treten nach die christliche Sittenlehre mit Füßen treten und die christliche Sittenlehre muß, wenn sie sich nicht selbst ins Gesicht schlagen will, den Kapitalismus verdammen. Der Versuch, beide Gegensätze mit einander zu vereinigen, kann nur zur Heuchelei führen.

Der Gedanke, der das Streben des Herrn v. Egidy

### Feuilleton.

Wachdruck verboten.)

182

### Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tirol von Robert S. Weichel.

Arigana sah ihn mit einem laugen Blick an; dann sagte er: „Ihr müßt noch verziehen, bis das Pferd ordentlich gefressen und sich verruhrt hat, nachher fahr' ich Euch selber zurück. Kommt in unsere Stube; meine Frau wird derweilen wohl für einen Kaffee gesorgt haben.“

„Laßt dem Gaul nur Zeit.“ äußerte der Doktor, ihm folgend. „Ich muß doch noch eine Weile zusehen, wie es der Patient treibt. Sie haben zuweilen ganz merkwürdige Einfälle.“

„Fra hatte in der That für einen Kaffee gesorgt und brachte ihn bald. Mißtrauisch kostete ihn der Doktor, worauf er das heiße Getränk mit Behagen schlürfte. Fra nötigte auch ihren Mann zu trinken. Dann verließ sie die Männer, um einen frischen Umschlag für Jerg zu besorgen. Mit einem süßern Ausdruck in dem schönen Gesicht stand sie vor seinem Bette. Er trug die Schuld, daß sie Alle elend waren. Ihn hatte nur die gerechte Strafe für seine böshafte Junge getroffen. Voll Bitterkeit gegen ihn dachte sie an ihre Zukunft. Es war eine trostlose Perspektive, die sich vor ihr eröffnete.“

Doktor Ostler gähnete nach dem Frühstück seine kurze

Reisepfise an und machte einen Spaziergang ins Dorf. Er blieb auffallend lange weg. In dem Zustande Jergs war inzwischen keine Veränderung eingetreten.

Um acht Uhr fand sich der Schullehrer auf dem Klosterhofe ein. Er hatte in den letzten Tagen viele Briefe für den Klosterbauer schreiben müssen: Mahnbriefe an Säumige Schuldner, Ründigungen kleiner Hypotheken. Die Arbeit war noch nicht beendet. Seine Schule hatte während der ganzen schönen Jahreszeit Ferien. Auf dem Klosterhofe wußte man noch nichts von den traurigen Ereignissen des gestrigen Abends und Rauthler schwieg darüber. Es durfte auf dem Klosterhofe ja nicht von Ambros gesprochen werden und er fürchtete, seine Beschäftigung zu verlieren, wenn er es that. Er war zu alt geworden, um sich, wie früher in den langen Ferien, als Knecht bei den Bauern zu verdienen, und daher froh, durch seine Schreibereien wenigstens eine Kleinigkeit zu verdienen.

Wenn er aber nicht reden wollte, so that es Besa, die mit hochrothem Gesicht in die Stube gestürzt kam. Lisei, die sie zurückhalten wollte, weil der Vater beschäftigt wäre, mit sich zerrend. Sie war in der Sägemühle gewesen; doch hatte Fra mit ihrer Neugierde keine Geduld gehabt, sie auch Jerg nicht sehen lassen und ihr mit herben Worten die Wege gewiesen. Die Unglücksbotschaft schoß ihr wie ein Wasserfall von den Lippen. Was der Klosterbauer Wichtiges zu thun hätte, daß er nicht hören könnte, daß der Ambros den Jerg ermordet hätte? schrie sie. Jerg wäre todt, Ambros entflohen; die Landjäger, die ihn hätten verhaften sollen, hätten das leere Nachsehen gehabt. „Und vor Schreck darüber ist die Stafz zu früh in die Wochen gekommen.“ krächzte sie weiter, „und das Kind ist todt gewesen und jetzt liegt sie selbst im Sterben. Und ihr wißt

von Nichts? Und da sitzt doch der Schulmeister, der's euch hätt' erzählen können!“

Lisei fielen vor Entsetzen die Arme schlaff am Leibe herunter. Dem Klosterbauer schwallen die Adern auf der Stirn und an den Schläfen die Adern aus: blaueschwarz standen sie in dem brannen Gesicht, und seine Augen stimmerten unter den überhängenden Brauen.

„So hat's kommen müssen, das hat noch gefehlt.“ zischte er und sich gegen Rauthler wendend, der den Kopf tief auf das Papier gebückt hatte, fuhr er fort: „Und Ihr sitzt da und kömmt das Maul nicht aufschun?“ Wüthlich lehrte er sich gegen seine Tochter und schrie sie an: „Da schau, wohin der Troh gegen mich fährt! Wirst ihn jetzt noch in Schutz nehmen, den Mordduben?“

„Der Ambros ein Mörder, ich kann, ich kann's nicht glauben.“ ächzte Lisei mit bebenden Lippen.

„Auch ist der Jerg noch nicht todt.“ wagte der Schullehrer zu bemerken. „Ich habe heut früh den Doktor gesprochen. Ein Wunder wär's freilich, wenn er davon läme, hat er gemeint.“

„Was liegt an dem Jerg?“ schrie der Klosterbauer. „Mein Name, mein ehrlicher Name!“ Und er griff sich mit beiden Händen ins Haar.

„Und wenn unser ehrlicher Name in Schande durch den Ambros gerathen ist, wer anders ist Schuld daran als die Lisei, rief Besa. „Weil der Ambros nicht hat leiden wollen, daß der Jerg mit ihr den Klosterhof heirathet, darum sind die Weiden aneinander gerathen. Der Müller, der dabei gewesen ist, hat's offen erklärt.“

„Und sie wird ihn heirathen, troh alldem, noch bin ich der Klosterbauer.“ schrie dieser mit einem Faustschlag auf den Tisch dazwischen.

leitet, findet sich in dem englischen Roman Josuah Davidsohn\*) näher ausgeführt. Der Held des Romans will, was der Verfasser der „Ersten Gedanken“ will: Die christliche Sittenlehre im Leben verwirklichen. Er wird zum Sozialismus gedrängt, und schließlich von sich Christen nennenden Anhängern der kapitalistischen Gesellschaft auf Anpöbelung eines kapitalistischen Priesters der englischen Hochkirche todteschlagen.

In dem Roman ist Bogil — wenn es Ernst ist mit der idealen christlichen Sittenlehre, der muß den Kapitalismus bekriegen, und muß — Sozialist werden, gleich Josuah Davidsohn.

Während die kapitalistische Gesellschaft die absolute Negation der christlichen Sittenlehre bedeutet, schafft der Sozialismus durch die von ihm erstrebte Beseitigung des Kapitalismus die nothwendigen Voraussetzungen für eine Gesellschaft, in welcher die ideale, sogenannt christliche, Torwelt ausgedrückt: die allgemein menschliche Sittenlehre zur Verwirklichung im Leben gelangen kann.

## Politische Uebersicht.

Berlin, 11. Juni.

Der Bochumer Prozeß ist der härteste Schlag, von welchem die Gründer der Bismarck'schen Wirtschaftspolitik bisher betroffen worden sind. Er hat den Schleier von ihrem schamlosen Treiben hinweggezogen und der Welt gezeigt, was die wahre Natur dieser Gesellschaft ist, die den Arbeiter Moral und Enthaltbarkeit predigt und durch Raub und Betrug sich selbst die Mittel zu einer prästerlichen Existenz schafft. Und nicht zufrieden damit, den Staat zu belügen und zu betrügen, scheut diese Gesellschaft sich nicht, zur Verneinung ihrer „Profite“ das Leben und die Sicherheit der Mitmenschen frevelhaft aufs Spiel zu setzen. Herr Baare hat gestanden, daß fehlerhafte Eisenbahnschienen als echte verkauft worden sind. Wenn man nun bedenkt, welche furchtbare Unglück durch eine fehlerhafte Schiene herbeigeführt werden kann, so wird man nicht umhin können zu sagen, daß die Praxis der Baare und Konsorten noch weit schlimmer ist als Betrug, auch der gemeinsten Sorte — und daß hier ein verbrecherisches Spiel mit Menschenleben vorliegt. Und wer weiß, ob von den zahlreichen Eisenbahnunglücken der letzten Jahre nicht eines oder das andere durch Baare'sche Schienen verursacht worden ist. Die Staatsanwaltschaft, die sich jetzt mit diesen Praktiken beschäftigt, wird zu untersuchen haben, ob gegen Baare und seine Kumpane nicht noch wegen schwererer Verbrechen, als Steuerhinterziehung und Betrug, die Anklage zu erheben ist.

Im Ausland haben die Enthüllungen des Bochumer Prozeßes das ungeheureste Aufsehen gemacht und die deutsche Eisenindustrie dermaßen in Miskredit gebracht, daß an deutsche Ausfuhr von Eisen- und Stahlwaaren für lange Zeit, d. h. bis zur Wiederherstellung des Vertrauens, nicht zu denken ist. Und auch die übrigen Zweige der deutschen Industrie werden unter der Wirkung dieser schandbaren Praktiken zu leiden haben. Und diese Baare und Kumpane reben sich so großmäulig von ihrer Begeisterung für die nationale Industrie! —

Im preussischen Abgeordnetenhaus kam heute der Antrag der Abgg. Rickert und Genossen:

Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, das Material über die zur Zeit verfügbaren Getreidebestände und die diesjährigen Ernte-Aussichten, welches nach der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten in der Sitzung vom 1. Juni d. J. die Grundlage für die Entschliebung der Staatsregierung in Betreff der Getreidezölle gebildet hat, dem Abgeordnetenhaus mitzutheilen, zur Verathung.

Der Reichskanzler v. Caprivi gab eine lange Erklärung ab, in welcher er ersucht, den Antrag abzulehnen. In der Sachlage habe sich nichts geändert; alles Material,

\*) Bei Grillenberger jetzt in zweiter Auflage erschienen.

„Ja, Du bist Schuld, daß er auf den Tod liegt,“ fuhr Wesa giftig gegen Lisei fort. „Wenn Du nicht so eigensinnig gewesen wärest, sondern hättest dem Jerg gleich Dein Jawort gegeben, nachher hätte der Ambros eingesehen, daß es mit dem Klosterhof für ihn zu Ende ist und er würd' sich gegeben haben. Jetzt hast Du den Ambros zum Todtschläger gemacht. Aber das kommt alles von Deiner Mutter her. Denn warum? Weil der Apfel nicht weit vom Stamm fällt.“

Lisei zeigte ein ganz weißes Gesicht. „Was ich gethan habe, das kann ich vor meinem Gewissen verantworten,“ wandte sie sich mit vor Erregung zitternder Stimme an Wesa. „Aber Du kannst es nicht verantworten, daß Du noch Steine nach meiner todtten Mutter wirfst. Das ist schlecht von Dir, o, so schlecht! Und auch der Vater sollt' es von Dir nicht leiden.“

„Hör' sie!“ kreischte Wesa und schlug die Hände zusammen.

„Ja, hör' mich!“ fuhr Lisei außer sich fort, indem sie aufstand und Wesa einen halben Schritt näher trat. „Du und ihr Alle habt Ihr schweres Unrecht gethan. Auch der Vater! Ihr habt sie nie lieb gehabt; Ihr habt nie einen Menschen auf der Welt lieb gehabt als Euch selbst, keinen, nicht meine Mutter, nicht meine Brüder, nicht mich. Und jetzt ist der Sturm losgebrochen, den Eure Dieblosigkeit gesät hat. Das ist das Strafgericht Gottes!“

Wesa starrte sie mit weitgeöffneten Augen an und der Klosterbauer, der eine Miene gemacht, als hätte er Lisei bisher nicht richtig verstanden, rief: „Sie ist toll, rein toll.“

„Ach, Du hast Recht; denn ich habe mein ganzes Leben lang gehofft und gehofft, daß Du mich ein wenig lieb haben würdest und ich hätte mein Herzblut dafür hingegossen,“ versetzte Lisei mit heraufsteigenden Thränen. „Jetzt ist alles verloren.“

Sie verließ, um ihre Thränen zu verbergen, rasch die Stube, aus der sich der Schullehrer Ruther schon vor ihr fortgeschoben hatte.

„Sie hat wahrhaftig den Verstand verloren,“ rief der Klosterbauer. Wesa bekam einen Anfall von Lachkrampf.

welches die Regierung heibringen könne oder welches von anderer Seite beigebracht werde, würde einen ziffermäßigen Beweis für oder gegen die Wichtigkeit des Verfahrens der Regierung nicht liefern können, da es nur auf Schätzung beruhe. Die Regierung halte daher an dem von ihm in der Sitzung vom 1. Juni vertretenen Standpunkt fest.

Die Abgg. Rickert und Richter sprechen für den Antrag, der Minister v. Seyden unterstützt die Ansetzungen Caprivi's, ihm sekundiren die Abgg. v. Erffa und v. Guene. Von beiden Seiten werden die alten Gründe und Beschuldigungen hervorgehoben, Herr v. Erffa besonders betont, daß gegen die Behauptung eines Nothstandes die frivolsten Streich der Arbeiter sprechen. Zum Schluß nimmt der Reichskanzler noch einmal das Wort, um die „Freisinnige Zeitung“ anzugreifen und Herr Richter vortut sich den Dank der Anderen dafür, daß die Freisinnigen nicht den Sozialdemokraten allein den Kampf gegen die Getreidezölle überlassen haben. Die weitere Verathung wird hierauf vertagt.

Bochum erinnert uns an Cisleben. Dort Raub, Lug und Betrug — hier Mord und Todtschlag, geübt von Vertretern und Werkzeugen der kapitalistischen Gesellschaft. In Cisleben lebt ein bekannter Freund des Herrn Baare, — gleich ihm Anbeter des Bismarck'schen Systems und gleich ihm einer der Gründer und Säulen der Bismarck'schen „Wirtschaftspolitik“ zur Bereicherung der Reichen auf Kosten der Armen.

Der Mann heißt Leuschner. In dem Nachtgebiet dieses Mannes hat das Banditen-Attentat auf eine sozialdemokratische Versammlung stattgefunden. Es wäre sehr am Plage, wenn unsere Freunde in jener Gegend einmal genau nachforschten, welches die Haltung des Herrn Leuschner zu jenem Banditenattentate gewesen ist. — Seine Erklärung in der „Post“ läßt manches vermuthen. —

Das „Wolff'sche Telegraphenbureau“ brachte am Dienstag Abend ein Telegramm, nach welchem der Staatsanwalt erklärt hatte, daß durch die bisherigen Vernehmungen die Mitwisserschaft des Geh. Kommerzienraths Baare an der angebliehen Stempelfälschung des Bochumer Vereins in keiner Weise erwiesen sei. Ueber das Vorkommen von Unregelmäßigkeiten könne er sich nicht äußern, doch sei bis jetzt so gut wie nichts erwiesen. Wie die Börsennachrichten andeuten, zogen hierauf die Kurse erheblich an. Die inzwischen eingegangenen Berichte über den Prozeß ergeben kein Wort von der angeblichen zweiten Behauptung des Staatsanwalts; derselbe hat vielmehr ausschließlich von dem Kommerzienrath Baare gesprochen und im Uebrigen nur bemerkt, über die sonst noch etwa vorgekommenen Unregelmäßigkeiten könne er sich nicht weiter auslassen. Es wird nun abzuwarten sein, bemerkt die „Kreuz-Zeitung“, ob die verschiedenen Berichte der hiesigen Presse unvollständig sind, oder ob das „Wolff'sche Bureau“ eine falsche Nachricht verbreitet hat. —

Die „National-Zeitung“ versucht der „Kreuz-Zeitung“ gegenüber das „Bochumer nationalliberale Parteiprogramm“ und dessen Ausdehnung“ in konfusier Weise zu entschuldigen bezw. abzustreiten, indem sie sagt: „In den meisten rheinischen und westfälischen Kommunen wird so eingeschätzt wie in Bochum, einerlei ob in den betr. Gemeinden die Nationalliberalen, die Liberalen oder wer sonst regiert.“ Soll das heißen: es wird in Rheinland und Westfalen überall das Vermögen der reichen Leute und Gesellschaften zu niedrig eingeschätzt? oder: überall am Rhein benutzt die am Ruder befindliche Partei ihren Einfluß dazu, ihren Mitgliedern Steuern zu ersparen? Das Eine oder das Andere als eine Rechtfertigung vorzutragen, kann nur die „National-Zeitung“ fertig bringen. —

Zu den Stempelfälschungen an Schienen, welche vor einigen Jahren auf der Georg-Marienhütte in Osnaabrück vorgekommen sind, wird der Freisinnigen Zeitung“ aus ihrem Feiertags-Folgendes mitgetheilt. Einer der Ingenieure der Hütte, A., wurde damals zu vierzehn Tagen Gefängniß verurtheilt. Nach seiner Verurtheilung aber wurde er nicht etwa von der Direktion entlassen, sondern auf einer der Georg-Marienhütte gehörigen Bede, Perm, beschäftigt. Auch zur Zeit ist derselbe noch auf

einem Werk der Georg-Marienhütte thätig. Die Direktoren Haarmann und Stumpf der Georg-Marienhütte sind nach wie vor Haupt-Tonangeber in der Osnaabrücker Handelskammer. —

Ueber die Meineidsfrage hat die Kasseler Pastoren-Konferenz dem Kultusminister ein Memorandum vorgelegt. Dasselbe empfiehlt, daß der Eid nicht vor, sondern nach der Zeugenaussage abzulegen, sowie daß die Eidesabnahme in kleineren Sachen möglichst zu beschränken sei, dann aber wird in demselben auch noch der Wunsch nach einer feierlicheren religiösen Form der Eidesleistung ausgesprochen. Wir glauben, daß die religiöse Form des Eides die Meineidsfälle eher vermehren würde; die Form ist gerade geeignet, über den Inhalt des Eides zu täuschen. —

Die Bekämpfung der sozialdemokratischen Bewegung durch die Kirche läßt sich auch das Breslauer Konsistorium angelegen sein. Wie dieselbe zu erfolgen habe, diese Frage hat sie den evangelischen Gemeindefürsorgevögern vorgelegt. Eine unerwartete Antwort ertheilte der Gagnauer Kirchentath. In derselben heißt es:

„Die Ursachen der sozialdemokratischen Bewegung sind auf wirtschaftlichem Gebiete zu suchen. Die immer stärkere Belastung der ärmeren Bevölkerung, insbesondere durch Besteuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse, sowie die Zuwendung von Vortheilen an wenige, so wie so schon mit Glücksgütern begabte Personen mußte Unzufriedenheit hervorrufen. Durch eine verkehrte wirtschaftliche Gesetzgebung ist die Sozialdemokratie geradezu genährt worden. Diesem kann der Sozialdemokratie entgegengetreten werden durch Abhilfe vorhandener Mißstände, sowie durch Wiederherstellung irrtümlicher Lehren in den Tagesblättern und Versammlungen. Den kirchlichen Organen bietet sich durch Mitwirkung an der Beseitigung der vorhandenen wirtschaftlichen Mißstände, sowie durch Schaffung von Wohlfahrts-einrichtungen und Förderung aller humanitären Bestrebungen ein geeignetes Feld segensreicher Thätigkeit.“ —

Die Spielwuth wächst mit dem Nothstand. Will man der Provothierung nicht abhelfen, nun so kann man doch die Hoffnung auf den Lotteriegewinn steigern. Es verlautet, daß die Loose der königlich preussischen Lotterie um 30 000 vermehrt werden sollen. —

Ein Petroleumring scheint in der Bildung zu sein. Der preussische Handelsminister hat die Kellerten der Berliner Kaufmannschaft aufgefordert, zu berichten, ob eine Monopolisirung des Petroleumhandels durch das Haus Rothschild in Betreff des russischen Marktes und die Standard Oil-Company in Betreff des amerikanischen Petroleumgeschäfts zu befürchten sei. —

Die Juden, zumal in einer Zeit, wo man ihre staatliche Gleichberechtigung in Frage stellt, hätten gewiß allen Anlaß für diese einzutreten, statt für sich noch eine privilegierte Stellung zu beanspruchen, wie es in der gestern im Abgeordnetenhaus zur Verhandlung gekommenen Petition des Rabbiners der Berliner jüdischen Gemeinde, Herrn Magbaum, geschieht. Er verlangt für die Rabbiner die Gleichstellung mit den Geistlichen der privilegierten Kirchen. Wie verlangen die Trennung des Staats von der Kirche, also die Beseitigung jeder privilegierten Kirche. Herr Magbaum möchte dagegen Theil haben an den Reichstagen der Privilegirten. Zu dem christlichen Oberkirchenrath möchte er auch noch einen jüdischen haben, bewaffnet mit dem Arm der weltlichen Macht. Was weder Baptisten, noch Irvingianer, noch Methodisten und wie die Selten alle heißen mögen, verlangen, verlangt Herr Magbaum. Das jüdische Pfaffenhum ist ebenso herrschsüchtig wie das christliche; es fehlt ihm nur die Macht. Es sei übrigens bemerkt, daß das Verlangen des Herrn Magbaum nur von den freisinnigen Juden getheilt wird; die orthodoxen Juden sehnen sich nicht nach einem jüdischen Staatskirchenhum. —

Der Vaccarat-Prozeß, in welchem der englische Thronfolger, der Prinz von Wales, eine so hervorragende, und nichts weniger als rühmliche Rolle spielte, beschäftigt die deutsche Presse nicht weniger als die englische. In England ist man freilich an Skandalprozesse gewöhnt, nicht etwa daß die englische „Gesellschaft“ forspannter ist als die deutsche, sondern weil Dinge und Verhältnisse, die in Deutschland geheim bleiben

vor Schreck über seine Bluthat ohnmächtig zu Boden gefallen sei.

„Und das Kind hätte auch nimmer leben können, selbst wenn es zur rechten Zeit geboren wäre. Die Frau Ruther hat mich daran erinnert, daß das Brautbett von keinem Geißlichen ist eingeseget worden.“

„Aber wir dürfen die Stasi nicht sterben lassen,“ suchte Lisei ihn zu beruhigen und zu ermahnen. „Wir müssen den Kopf oben behalten, Vater David.“

„Ach, ach, ach!“ stöhnte er, „es hilft ja Alles nichts. Der Doktor hat auch gesagt, daß ihr Leben nur noch an einem Haar hängt.“

Frau Ruther war dem Doktor bei ihrem Heimweg am Morgen auf dem Kirchenplatze begegnet und sofort wieder mit ihm heraufgekommen. Er hatte versprochen, durch den Müller eine Arznei aus Brunnec zu schicken.

Diese Mittheilung gewährte Lisei einen Trost und sie ließ fortan keinen Tag vorübergehen, ohne nach Stasi, wenn es auch nur auf ein Viertelstündchen war, zu sehen. Sie brachte immer etwas für deren Pflege mit, bald eingekochten Kirchsaft, eine Zitronen, Zucker, bald seine Hofersgräthe, frisches Weißbrot und dergleichen. Doktor Ostler kam jeden zweiten oder dritten Tag entweder auf seinem Schimmel oder dem Wagen des Müllers heraus. Weistens stellte er sich gegen Abend ein und blieb die Nacht in St. Vigil, wo er inzwischen die Bekanntschaft des Landrichters und Oberförsters gemacht hatte und in ihrer Gesellschaft ward dann mancher Schoppen im Stern geleert. Es war die Zeit, in welcher die Arbeit dem Landmann nicht gestattete, krank zu sein, und es gebrach dem Doktor daher nicht an Mühe für Jerg und Stasi. Jhn hatte es die letztere vor allen Dingen zu danken, daß sie nicht aus Gutherzigkeit umgebracht wurde. Das Unglück, von dem sie betroffen worden, erregte unter den Frauen von St. Vigil das größte Mitleid und alle wollten mit Rath und That, mit Hausmitteln und Lederbissen helfen. Die Grobheit des Doktors stieß aber der kleinen Mona und David eine solche Furcht ein, daß sie Niemand zu Stasi ließen. Auch Lisei achtete genau darauf, daß die Vorschriften des Arztes befolgt wurden. Des Doktors Urtheil über Stasi lautete stets: Abwarten! —

Statt ihr Dilsse zu leisten, schrieb der Bruder sie an, ob er denn in einem Tollhause wäre?

Das ganze Leben kam heute, wohl zum ersten Mal, seitdem Joseph Falkner auf dem Klosterhofe als eigener Herr wirkete, aus dem gewohnten Geleise. Auch das Jngesinde war verstorbt durch die Geschehnisse am Abend vorher, von denen die Kunde nun auch zu ihm drang.

Lisei eilte zu Stasi. Trotz der großen Anfreugung, in der sie sich befand, behielt ihr Schritt seine gewohnte Gemessenheit. David war nicht zu Hause. Bei der Kranken in der Kammer sah ein halbwildes Mädchen, welches an einem riesigen Wollentrumpf strickte. Es war Mona, die jüngste Tochter der Frau Ruther, die diese zur Pflege der Kranken heraufgeschickt hatte. Stasi warf sich trotz ihrer Schwäche unruhig in ihrem Bette hin und her. Sie erkannte Lisei nicht. Ihre Augen glänzten vom Fieber, das in ihrem Blute glühte. Ihr Anblick drückte Lisei fast das Herz ab.

Nach einer guten Weile ließen sich schwerfällige Schritte in der Stube nebenan vernehmen und Mona flüsterte: „Da ist der Vater David!“

Lisei rückte der Kranken noch einmal die Kissen zurecht und lägte sie leise auf die brennende Stirn. Sie schäufte dem Mädchen ein, recht still und unsichtig zu sein, und versprach ihr einen von ihren Mäden, wenn sie ihre Sache ordentlich machen würde. Dann ging sie zu David hinein. Er war von dem Begräbniß des Kindes, das nie das Licht der Welt erblickt hatte, zurückgekommen. In ein Tuch geschlagen, hatte er die kleine Leiche auf den Kirchhof getragen, und außer ihm war nur der Todtengräber anwesend gewesen. An einer Stelle, wo das vom Kirchendach träufelnde Regenwasser das kleine Geas treffen mußte, war sie bestattet worden. Dieses Wasser ersetzte die heilige Taufe und schätzte die Seele des Kindes vor der ewigen Verdammniß.

Wenn die Stasi stirbt, so hat der Ambros auch sie umgebracht, wie das Kind und den Jerg,“ sagte er mit ungewöhnlicher Energie zu Lisei und erzählte ihr, wie Ambros am Abend vorher in die Stube gestürzt und Stasi

und über die intimsten Kreise der Eingeweihten nicht hinausbringen oder höchstens an den Pfeilflügel-Viertischen flüsternd besprochen werden, dort in die vollste Öffentlichkeit gezogen werden. Der Prinz von Wales ist bekannt als ein „Lebemann“, — mit diesem Worte wird die Lächerlichkeit, die sich in vornehmen Formen bewegt, bezeichnet —, und spielt unter den andern vornehmen Lebemannern als erster Prinz selbstverständlich eine hervorragende Rolle. Er ist kein Spielverderber, im Gegenteil, er ist, wie der Berliner sagt, „zu allen Schandthaten bereit“. Da nun in Kreisen, in denen der raffiniertesten Genußsucht geköhnt wird, sich so mancher Schmutz ablagert, so bleibt gewöhnlich von demselben auch etwas an Sr. königlichen Hoheit hängen. Die nobelste Passion unter den Lebemannern ist das Hazardspiel; je nobler je höher wird gespielt. Beim Spiel kommt es aufs Glück an, und da das Glück launisch ist und oft gezwungen sein will, so giebt es kluge Leute, die es bisweilen korrigieren. *Corriger la fortune* — so läßt Bessing es den französischen Chevalier Ricaut de la Marinière nennen —, und „das nennt die dumme Deutsch betragen!“ Nun, Bessing würde heute den Franzosen wohl nicht mehr von den „dummen Deutschen“ reden lassen; die „gute“ Gesellschaft ist heut international, und „die plumpe Sprach“, die Betrüger betrogen nennt, ist es ebenso, das heißt in den großen sozialdemokratischen Volksmassen. Freilich gilt in der feinen Gesellschaft auch der Grundsatz: Man muß sich nicht erweichen lassen, denn in diesem Falle wird das *corriger la fortune* in die „plumpe Sprach“ übertragen zurücküberfest. Dieses Malheur ist nun einem Freunde des Prinzen, einem seiner intimen Genossen in den vom Prinzen gelegten Spielgesellschaften, dem Oberst Sir Georg Cumming, passiert. Es wurde ruchbar, daß er mogelt, und bei der näheren Beobachtung seitens des Prinzen und mehrerer Anderer bestätigte sich dieses auch. Der Cumming wurde nun nicht an die Luft gesetzt, sondern genöthigt, einen Schein anzustellen, in welchem er die Erklärung abgibt, angeheuchelt der gegen ihn erhobenen Verdächtigungen nie mehr spielen zu wollen. Diese Erklärung sollte als Geheimniß gewahrt bleiben, nichts desto weniger wurde sie in weiteren Kreisen bekannt und besprochen, und Herr Cumming stellte eine Verleumdungsklage an. Diese Klage wurde von den Geschworenen zurückgewiesen; es wurde von denselben der Wahrheitsbeweis dafür, daß Cumming im Spiel betrogen habe, als erbracht angesehen. Der Prinz von Wales hatte in diesem Prozeß als Zeuge aufzutreten und hatte sich allen Formalitäten, die für andere Zeugen gelten, der Vernehmung, dem Kreuzverhör u. s. w. zu unterwerfen. Einer der Anwälte Cummings erklärte, daß falls dieser aus der Armee gestossen werde, dasselbe mit dem Prinzen von Wales geschehen müsse, der, obwohl Feldmarschall der Armee, den enthaltener Betrüger habe schämen wollen. Der Prinz mußte sich beim Verhör u. a. auch die Frage gefallen lassen, ob er als Croupier oder als Bankhalter sich bei der Spielergesellschaft betheiligt habe. Die englische Bourgeoispreffe sucht mit einigem Tugendpathos und Ermahnungen an den Prinzen über die heikle Geschichte hinwegzukommen. Die deutsche „gute“ Presse läßt es selbstverständlich, da es sich um England handelt, gleichfalls nicht an hohen Tugendphrasen fehlen; die konservativen Blätter ergehen sich im Lob der Tugend deutscher Herrscherfamilien, die liberale Presse knüpft aber daran zugleich die Vorzüge des konstitutionellen Regiments in England. Da wird der Prinz wie ein gewöhnlicher Zeuge behandelt, er wird öffentlich in der Presse kritisiert und angegriffen, ohne daß ein Staatsanwalt einschreitet und dabei siehe das Königthum so fest und unerschütterlich da. Nun, daß man in England gelegentlich des Skandals nicht speziell das Königthum angreift, hat seinen Grund, der beruht aber nicht auf der festen Grundlage desselben, sondern auf seiner Machtlosigkeit. Das Königthum ist so mit der Bourgeois Herrschaft verwaschen, daß es nicht speziell Gegenstand des Angriffs wird (obwohl auch dieses vielfach bereits der Fall ist), mit dem Sturz der Bourgeois Herrschaft fällt es von selbst fort. —

Eine Ente erzeugt die andere — und die papiernen Enten sind bekanntlich noch fruchtbarer als die von Fleisch und Blut. Die Ente vom Beitritt Englands zum Dreihund hat dieser Tage die eben so feste Ente von einem Bündnißvertrag, den die französische Republik dem Zaren angeboten habe, ins Leben gerufen.

Lisei drängte alle eigenen Sorgen zurück; dennoch verlieh sie der Gedanke an jenes Wort nicht mehr, das sie ihrem Vater und Besa zugerufen hatte. Das Strafgericht Gottes! In ihrer Aufregung war es ihr entchlüpft und nun wirkte es als schreckliche Offenbarung auf sie selbst zurück. An dem Krankenbette Staff's fand die Vorstellung neue Nahrung und mit Wangen und Graufen lauchte Lisei auf die Phantasien, von denen die Vernunft gequält wurde. Lisei wußte genug, um in den Bildern, welche das Fieber verworren und verzerrt widerspiegelte, die Züge der Wahrheit zu erkennen und zugleich sah sie aus den Wahngebilden eine neue Verschuldung ihres Bruders Ambros, die schrecklichste, die es für sie gab, heroorgrinsen. Sie dachte an Tamers, sie sah Ambros mit Aera nach der Predigt auf der Wiese in den Wald sich verlieren. Wie hätte sie noch an seiner Untreue gegen Staff zweifeln können? Ja, das Strafgericht Gottes war hereingebrochen und es traf sie Alle, die Schuldigen sammt den Unschuldigen. Aber wer war rein von Schuld? War sie selbst es?

Der Klosterbauer schien ihre häufigen Entfernungen vom Hofe nicht zu bemerken, wenigstens fragte er sie nie darum. Alle Mühe, welche die ländlichen Arbeiten ihm übrig ließen, verbrachte er mit seinen Schuldverreibungen und Gültten. Inzwischen begannen die Wahnbriefe, die der Schullehrer für ihn hatte schreiben müssen, ihre Wirkung zu äußern. Er that manchen Gang auf das Landgericht und dieser und jener Schulbuer kam auf den Hof, um von ihm Gebuld und Nachsicht zu erbitten. Aber er blieb hart und zuweilen gab es lauten Streit. Mancher ging in zornigen Schelten davon, Andern stand die Verzweiflung deutlich im Gesicht, noch Andere suchten Lisei's Vermittlung bei dem Vater nach und schilberten ihr die Noth daheim und den unaussprechlichen Anin, wenn der Klosterbauer auf der weiteren Verfolgung seines Rechtes bestand. Sie zu trösten, das war alles, was Lisei zu thun vermochte. Es schien ihr, als ob sie von dem Schicksale bestimmt wäre, alles Unglück, allen Jammer an sich zu ziehen, wie der Monte Sella oder Kreuzloß die Wetterwolken.

Eines Nachmittags brachte Mona ihr Botschaft, daß Gannes sie bei Staff erwarte. Erst nach dem Nacht-

So lange das Sprichwort gilt: „Die Dummen werden nicht alle“, wird diese Entensucht auch nicht aufhören. —

Der französische Senat hatte bei Annahme des Gesetzes, betreffend die Ermäßigung der Eingangszölle für Getreide, beschlossen, daß dasselbe sofort bei seiner Veröffentlichung in Kraft treten solle, während die Deputirtenkammer als Datum des Inkrafttretens den 1. August festgesetzt hatte. Die Zollkommission der Kammer hat sich nunmehr mit dieser Abänderung einverstanden erklärt. —

In der italienischen Kammer wird die äußerste Linke einen Antrag auf Verabschiedung des Getreidezolles von 5 auf 3 Lire einbringen. —

Bei den in den Niederlanden stattgehabten Wahlen zur Kammer kommt der Sozialist Nieuwenhuis mit einem Radikalen in die Stichwahl. —

Die dänische Sozialdemokratie hatte am 5. d. M. die Bemuthung, ein neues Gesetz in Kraft treten zu sehen, das man ihr verdankt. Es ist das ein Gesetz, das bestimmt, daß der Tag der Grundgesetzfeier (5. Juni) als allgemeiner Feiertag betrachtet werden soll. Im Jahre 1886 hatten die sozialdemokratischen Deputirten Holm und Hörbum zum ersten Male einen Vorschlag eingebracht, daß der Tag der Grundgesetzfeier und die Wahltag als allgemeine Feiertage betrachtet werden sollten, und daß jede Arbeit am Sonntag verboten sein solle, um den Arbeitern einen wöchentlichen Ruhetag zu gewähren. Anfangs wurde dieser Vorschlag von der Regierung sehr heftig bekämpft, zuletzt hat sie aber nachgegeben, jedoch nicht, was die Wahltag betrifft. Dagegen wird, wie gesagt, der Grundgesetztag als Feiertag jetzt betrachtet, und das Gesetz bestimmt ferner, daß alle Läden Sonntags geschlossen bleiben sollen. Dadurch ist ein Theil der Wünsche der Sozialdemokraten erfüllt worden. Der Kopenhagener „Sozialdemokrat“ brachte einen Artikel, worin das Blatt mit Stolz auf die gewonnenen Resultate hinweist und erklärt, es werde nicht ruhen, bevor auch die Wahltag durch Gesetz als Feiertag erklärt würden. —

Der Aufstand in Chili geht sichtlich seinem Ende entgegen. Die sogenannten Rebellen, deren Sache täglich mehr Boden gewinnt, sind nun bereits von den Vereinigten Staaten als kriegsfährende Macht, d. h. als völkerrechtlich der sogenannten legitimen Regierung des offenbar auf dem letzten Loche pfeifenden Prätorianerhauptlings Balmaceda gleichstehende Macht, anerkannt worden; und die Anerkennung der übrigen Regierungen wird nicht lange ausbleiben. Und dann werden wir eines schönen Tages hören, daß Balmaceda in aller Stille aufgeknapft worden, oder verduftet ist. —

### Gegen die Kornzölle.

Rathenow, 9. Juni. In einer stark besuchten Volksversammlung sprach Ewald Brandenburg gegen die Kornzölle. Die Resolution gelangte einstimmig zur Annahme.

Stralsund, 10. Juni. Am Sonnabend, den 8. Juni, fand eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse D. Drachholz über „Die Kornzölle und die Reichsregierung“ referirte. Die vom Parteivorstand vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen.

Erfurt, 9. Juni. In der am Montag, den 8. Juni, stattgehabten Versammlung, welche nach Erfurt besetzt war als die vorgängige, wurde nach einem Referat des Reichstags-Abgeordneten Wegner-Hamburg über: „Die Stellung der Reichsregierung zu den Getreidezölle“ folgende Resolution einstimmig angenommen:

- Die heute, am 8. Juni, im Kaiserfaal zu Erfurt tagende, von 3000 Personen besuchte öffentliche Volksversammlung, zu welcher den Frauen der Zutritt verboten wurde, weil die Versammlung von einem Verein veranstaltet worden sein soll, während das gar nicht der Fall gewesen ist — erklärt:
1. Die Ablehnung der Resolution der Volksversammlung vom 2. Juni durch die Erfurter Stadtverordneten ist eine unbegründete Auserachtlassung der Interessen der gesammten Bevölkerung Erfurts; die Einwohner werden aufgefordert, die betr. Stadtverordneten bei der nächsten Wahl nicht wieder mit einem Mandat zu betrauen.
  2. Der Magistrat der Stadt Erfurt wird ersucht, seinerseits

essen konnte sie abkommen und dasselbe hatte sich gewöhnlich in die Länge gezogen; denn Hartwanger hatte sich eingefunden und war zu Gaste geblieben. Auch mit ihm mußte der Klosterbauer Geschäftliches verhandelt haben. Als Lisei den Tisch zum Mahl hatte richten wollen, hatte sie beide über den Papieren gefunden, die sie nun schon so gut kannte, und der Glaser hatte mit einem Pfeifst, dessen Spitze er mit den Lippen angefeuchtet, in seiner Brieftasche geschrieben. Während des Essens war dann der Klosterbauer ausgeräumter gewesen, als Lisei ihn seit langer Zeit gesehen hatte, der Glasermeister um so nachdenklicher.

Der Tag war gleich dem vorhergehenden sehr heiß gewesen, eine Qual für die Kranken, doch vortrefflich für die bevorstehende Ernte. Golden standen die Kornfelder im Thal und auf den unteren Bergabhängen. Bis zur Schulter reichten die Lehren der schlanken Lisei, als sie zwischen den Feldern dahin schritt. Ihr Gang war langsam, müde. Die Sonne war bereits von den Bergen im Westen verdeckt, jedoch hatte die Luft sich nicht abgekühlt und die Schwüle war erfüllt von dem Geirp der Grillen in den Feldern, Wiesen und Geden. Aber auch dieses leise Getöse hatte etwas Mädes. Leichtes Gewölle über den verglühenden Dolomiten. Auch auf der Terrasse, auf der das kleine Gehöft Staff's lag, war es nicht kühl.

In dem Hause neben dem Gärtchen besaß David eben die Blumen, die er in diesem Jahre umsonst für Staff gepflegt hatte; vergebens hatte der prächtige Rosenstock geblüht. Er berichtete Lisei, daß der Doktor vor etwa einer Stunde dagesewen wäre und wiederkommen wollte. Heute müßte sich die Krankheit entscheiden, hätte er gesagt.

„Entscheiden,“ wiederholte er trübsinnig, und auf den Rosenstrauch deutend, sagte er hinzu: „Verwischen Sommer hat sie mich einmal gefragt, und mir dabei ein Zweiglein gewiesen, das über und über voll Rosen ist gewesen, ob der Mensch wohl soviel Glück ertragen könnte wie das Zweiglein Rosen, ohne darunter zu zerbrechen? Tagumalen hab' ich nicht verstanden, was sie gemeint hat, und jetzt ist der Zweig geknickt.“ (Fortsetzung folgt.)

die Resolution betr. sofortige Suspension und demnächstige Aufhebung der Getreidezölle bei der Regierung rückhaltlos und mit aller Kraft zu unterstützen.

B. Der Reichsregierung wird die unerwartete Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Zölle auf Lebensmittel mit den Interessen der Bevölkerung und überhaupt mit dem natürlichen Rechte des Menschen, sich satt essen zu können, in denkwürdigem Widerspruch stehen und ihre sofortige Suspension und demnächstige Aufhebung eine unabweisliche, gar nicht mehr zu bestreitende Pflicht der Reichsregierung ist.

Neuhaldensleben, 7. Juni. In der heute stattgefundenen, von 4-500 Personen besuchten Protestversammlung, in welcher P. u. s. Berlin referirte, wurde die von der Parteileitung vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen.

Bremen, 10. Juni. Die zu Montag Abend nach dem Kasino einberufene öffentliche Protestversammlung gegen die Getreidezölle war außerordentlich stark besucht. Schon weit vor 9 Uhr war der große, geräumige Saal sammt den Gallerien bis auf den letzten Platz gefüllt, Kopf an Kopf drängte sich die gewaltige Menge und Hunderte mußten wieder umkleben, weil kein Platz mehr zu haben war. Es mochten ca. 7- bis 8000 Personen anwesend sein. Wilhelm Liebknecht hielt unter rauschendem Beifall das Referat. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Altona, 10. Juni. Hier fand am 8. Juni eine öffentliche Volksversammlung statt, die von 2500 Personen besucht war. Nachdem das Bureau aus den Genossen Heinrich, Besche, Thomas und Diedrich konstituiert war, erhielt der Reichstags-Abgeordnete H. Mollenhuhe zu seinem Referate: „Die Kornzölle und die Reichsregierung“ das Wort. Seine einundneunzigstündige Rede fand lebhaften Beifall. Die Resolution des Parteivorstandes wurde einstimmig angenommen. Hierauf berichtete Heinrich über den stattfindenden Brüsseler internationalen Kongress, daß zuvor aber in Neuminster eine Konferenz der Vertrauensleute von Schleswig-Holstein stattfände. Es wurde ihm seitens der Versammlung die Direktive gegeben, auf der Konferenz dafür einzutreten, daß für die Provinz Schleswig-Holstein 2 Delegirte gewählt würden. Die Bestimmung der Orte, von wo sie gewählt würden, wurde ebenfalls der Konferenz überlassen.

Freiberg in Sachsen, 9. Juni. Eine von circa 300 Personen besuchte Volksversammlung nahm nach einem Referat des Genossen Hoffmann-Ghemnitz die Protestresolution einstimmig an.

### Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Berlin, 9. Juni. In einer stark besuchten öffentlichen Versammlung der Sozialdemokraten des V. Wahlkreises, welche am Donnerstag, den 4. d. M., unter dem Vorsitz des Genossen Niederauer stattfand, wurde nach einem Vortrage des Genossen Rohrlach die Forderung der Partei Angelegenheiten im V. Kreise zur Sprache gebracht. Eine zur Untersuchung dieser Sache bereits früher gewählte Kommission erstattete Bericht, welcher zu Ungunsten des bisherigen ersten Vertrauensmannes ausfiel. Die Versammlung erklärte sich deshalb mit der Einsetzung eines neuen Vertrauensmannes einverstanden und wurde als solcher Genosse Georg Niederauer, Lothringersir. 52, Hof 2 Tr., gewählt. Zweiter Vertrauensmann für den V. Kreis ist, wie bisher, Clemens Mayer.

Gießen, 10. Juni. Unser Partei-Organ, der „Zeiter Volksbote“, welches vor dem Ausbruch am 31. Mai kaum 20 Abonnenten hatte, hat jetzt hier fünfundsiebenzig. Die Blattsache ist ausgegangen.

Aus d. Zeil. 8. Juni. Eine recht sonderbare Illustration zum freien Vereins- und Versammlungsrecht erhielt soeben ein hiesiger Genosse, welcher gegen den hiesigen Amtsvorsteher Bach Strafantrag wegen Vergehen gegen § 389 gestellt hatte. Der Amtsvorsteher hatte einem Gastwirth, nach Angaben des letzteren, gedroht, die Polizeistunde auf 10 Uhr herabzusetzen, wenn er den Sozialdemokraten seinen Saal herbeige. Während unser Redakteur wegen Veröffentlichung des Thatsachensandes in einen Prozeß verwickelt wurde, ging dem Erstatler der Anzeige von der Staatsanwaltschaft zu Raumburg folgender Bescheid zu: „Raumburg a. S., den 29. Mai 1891. Auf Ihre Anzeige vom 5. d. M. lehne ich es ab, gegen den Amtsvorsteher Bach in Raumburg wegen Vergehens gegen § 389 des Strafgesetzbuches vorzugehen. Wenn der Beschuldigte die Besorgnis hegt, daß durch irgend eine Versammlung die öffentliche Ordnung gefährdet werden wird, und zur Verhütung dieser Störung einem Gastwirth, in dessen Räumen die Versammlung stattfinden soll, die Verhängung schärferer Bestimmungen über die Polizeistunde androht, so mißbraucht er damit seine Amtsgewalt nicht, sondern handelt vollständig innerhalb der Grenzen seiner Amtsbefugnisse. Es kann also auch im vorliegenden Falle von einer widerrechtlichen Handlungswelt, wie sie zum Thatsachensand des von Ihnen angelegenen Strafgesetzes gehört, keine Rede sein. Der königliche Erste Staatsanwalt. (Name unleserlich.)“ — Darnach konnte also jeder Polizeigewaltige, der Besorgnis hegt, daß Vereins- und Versammlungsrecht durch Androhungen schärferer Maßregeln außer Kraft setzen. Nun sage man noch, daß wir nicht unter neuem Auz leben. Selbstverständlich werden in dieser Sache weitere Schritte gethan werden, um das so ernstlich gefährdete Versammlungsrecht dem Volke zu wahren.

Krimmitschau. Unser Genosse Richter erhielt wegen Unterlassung der Angabe des Verlegers auf einem Plakat nachstehende Strafverfügung:

„Auf den Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft wird gegen Sie wegen der Beschuldigung, daß Sie im Januar 1891 in Krimmitschau eine Einladung zu einer öffentlichen Versammlung der Maurer und Zimmerer von Krimmitschau und Umgegend für den 25. Januar 1891 haben drucken und durch Maueranschläge haben verbreiten lassen, ohne die Namen des Verfassers oder Herausgebers auf den Druckschriften anzubringen, gegen die §§ 6 und 19, Abs. 1 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874, wofür als Beweismittel bezichtigt ist: Ihr Geständniß, eine Geldstrafe von drei Mark und im Falle dieselbe nicht beigetrieben werden kann, eine Haftstrafe von einem Tag festgesetzt. Ingleich werden Ihnen die Kosten des Verfahrens (4,10 M.) auferlegt.“ Krimmitschau, den 9. März 1891.

Königliches Amtsgericht, Kramer.

Hiergegen legte Richter Berufung an das Schöffengericht ein, die aber auf Antrag der Staatsanwaltschaft verworfen wurde.

Königsborn bei Anna. Wegen Verleibung des Vertriebsfährens Paltan von Jechu „Königsborn“ wurde Genosse G. Verlach von der Strafkammer zu Dorimund mit 6 Wochen Gefängniß bestraft. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängniß beantragt.

### Briefkasten der Redaktion.

E. M., Veteraneuste. Der Streit kann sich in unseren Spalten nicht weiter fortspinnen. Das Manuscript steht zu Ihrer Verfügung.

# Theater.

Freitag, den 12. Juni.  
**Opernhaus.** Der Trombadour.  
**Schauspielhaus.** Die Kronprätendenten.  
**Berliner Theater.** König Richard III.  
**Deutsches Theater.** Die Welt, in der man sich langweilt.  
**Friedrich-Wilhelmstadt.** Theater. Ein dunkles Geheimnis.  
**Wallner-Theater.** Der verlorene Sohn. Vorher: Das Modell.  
**Belles Alliance-Theater.** Tricouche und Cacolet.  
**Ostend-Theater.** Berlin unter Wasser.  
**Saison-Theater.** Vorstellung.  
**Sausmann's Variété.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Concordia.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

**Etablissement Buggenhagen**  
 am Moritzplatz.  
 Täglich:

**Unterhaltungs-Musik.**  
 Direktion A. Ködman.  
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.  
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.  
 Spezial-Auswahl von Bahnhofs-Export-Bier, Seidel 15 Pf.  
 641 F. Müller.

**Passage-Panopticum.**  
 Unter den Linden 22/23.  
**Knabe mit 2 Köpfen.**  
**Indier mit 4 Armen, 4 Beinen.**  
**Bartdame.**  
**Vitreo**  
 ist Coars, Glas, alte Stiefel etc. etc.  
 Spezialitäten-Theater v. 6-10 Uhr.  
 Geöffnet von Morgens 10 Uhr.

**Castan's Panopticum.**  
 Jetzt: Friedrichstr. 165,  
 Ecke Behrenstrasse.  
 Neu:  
**Hamilton-Theater**  
 Originell! Ueberraschend!  
 Geöffnet v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.  
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

**Moabiter Gesellschaftshaus**  
 Alt Moabit 80-81.  
 Artistische Leitung Wilhelm Fröbel.  
 Täglich Gr. Konzert.  
**Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Großer Erfolg des neu engagierten sensationellen **Künstler-Personals.**  
 Kolossaler Jubel der urkomischen Pantomime **Die lustigen Schneider.**  
 Anfang Sonntags 4 Uhr. Nachmittags 5 Uhr. Entree 30 Pf. Reservierter Platz 50 Pf. - Kaffeetische ist geöffnet.  
 Volksbelustigungen aller Art.  
 Sonntag, Montag, Mittwoch  
**Grosser Ball.**  
 Helmuth Peters.

**Rheinländischer Tunnel.**  
 Concert-Salon u. Restaurant.  
 Berlin N., Elsassstrasse 73,  
 gegenüber der Bergstraße.  
 Der Gambirius-Salon und das Photographische Atelier sind neu eingerichtet.  
**Jeder Gast,**  
 auch wenn derselbe für nur 10 Pf. verzehrt,  
**wird gratis photographirt!**  
 Höchst schmerzhaft. Großer Jubel!  
 Vorzügliches Lagerbier,  
 à Seidel 10 Pf.  
**H. Schultze (mit n. t.).**

**Friedrichshagen.**  
 Freunden und Genossen empfehle meine Cigarren und Tabake eigenen Fabrikats einer geeigneten Beachtung.  
 1254 b  
**Carl Maiwald.**

**Kohsthal A. Goldschmidt,**  
 Spandauerbrücke 6,  
 am hiesigen Plage bekanntlich **Größte Auswahl. Garantiert scharf brennende Tabake.**  
 Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Kohsthal's sind am Lager.  
**A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6,**  
 am Fache'schen Markt. (748)

**Schuhe und Stiefel**  
 aus der deutschen Schuhfabrik in Gersfurt mit Kontrollmarke. (867) L.  
**Chr. Geyer, Draniensstr. 202,**  
 zwisch. Heinrichspl. u. Mantuffelstraße.  
**Dr. Hoosch, homöopath. Arzt**  
 Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sauml. 8-10.

# Achtung!

**Parteigenossen des 4. Wahlkreises!**

Sonntag, den 14. Juni:  
**Herrenpartie nach Johannisthal**  
 (Restaurant Senfleben).

Abfahrt vom Schlessischen Bahnhof früh 6 Uhr 21 Min. und 7 Uhr 21 Min.  
 Görlitzer " " 8 " 35 " " 7 " 35 "  
 Freunde und Gönner des Vereins sind eingeladen.  
 839/11 Der Vorstand.

**Achtung! Drechsler!**

Montag, den 15. Juni, im „Elysium“, Landsberger Allee 39-41:

**Grosses Sommer-Fest,**  
**Garten-Konzert und Ball.**

Auftreten der urkomisch-musikalischen Clowns **Brothers Dianta.**  
 Am 9 Uhr: **Große Fackel-Polonaise.** Die Kaffeeküche ist von 8 Uhr ab geöffnet. Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Billets à 25 Pf. sind bei folgenden Kollegen zu haben: S. Gernsey, Dresdenstr. 18 bei Goldacker; P. Freigang, Mustauerstr. 26, Hof 8 Tr.; C. Fischer, Schlessischestr. 5. Freunde und Kollegen ladet hierzu freundlichst ein  
**Das Komitee.**

**Verein der Sattler und Fachgenossen.**

Am Sonnabend, den 13. Juni, Abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
 im **Dresdener Garten, Dresdenerstrasse Nr. 45.**  
 Tagesordnung: 1. Das Arbeiterschutz-Gesetz vor dem deutschen Reichstage und welchen Werth hat dasselbe für die Arbeiter? Referent: **Genosse Link.** 2. Diskussion. 3. Ausgabe der Fahrtscheine zum Wasserporto. 4. Verschiedenes und Fragelasten.  
 261/12  
 Hierzu ladet ein  
**Der Vorstand.**

Am Sonnabend, den 18. Juni, großer italienischer **Wasserkorso** im Müggelsee, verbunden mit **Sommernachts-Ball** in der **Borussia-Bräuerei** in Nieder-Schönweide. Fahrtscheine für Herren 1 M. inkl. Tanz, Damen 75 Pf. sind in der Versammlung sowie bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern zu haben.

**Gegen die Kornzölle und für billiges Brot!**  
**Große öffentliche Volksversammlung**

für **Rummelsburg und Umgegend**  
 am Sonntag, den 14. Juni, Vormittags 11 1/2 Uhr, in der **Grätlich Reishach'schen Brauerei in Stralau.**

Tagesordnung: 1. Die Kornzölle und die Reichsregierung. Referent **Genosse Wilh. Werner.** 2. Diskussion. 3. Wahl eines Vertrauensmannes. 4. Verschiedenes. - Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters, in dieser Versammlung zu erscheinen. 1253  
**Der Einberufer.**

**Grosse Versammlung**  
 des **Fachv. der Wirker und Wirkerinnen**

am Sonnabend, den 13. Juni, Abends 8 Uhr,  
 im **Lokale des Herrn Feind, Weinstrasse No. 11.**  
 Tagesordnung: 1. Besprechung über den Lohnzins. 2. Erziehung des Vorstandes. 3. Wahl der Revisoren. 4. Verschiedenes. - Nach der Versammlung **gemüthliches Beisammensein und Tanz.** Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
 1257b  
**Der Vorstand.**

Die Vereinigten Rauchklub „**Sumatra 50.**“, „**Congo II**“ und „**Waldesgrün**“ veranstalten am **Sonnabend, den 13. Juni,** in **Gründer's Festsaal** (früher Schnegelsberg), **Hafenstraße 21,** einen

**Grossen Sommernachts-Ball.**

Um 12 Uhr **Fackelpolonaise,** verbunden mit sonstigen Ueberraschungen. Allen Freunden und Bekannten eine genussreiche Nacht versprechend, ladet freundlichst ein  
 1252b  
**Der Gesamt-Vorstand.**

**Achtung Maurer!**

Am Freitag, den 13. d. Mts.,  
 Abends 8 Uhr, findet im **Lokale Königshof, Bülowsstraße 37,** eine  
**Versammlung**  
 statt mit der Tagesordnung:

1. Wahl eines provisorischen Vorstandes der Filiale Berlin des **Zentral-Verbandes deutscher Maurer.**  
 2. Verschiedenes.  
 NB. Diejenigen Kollegen, welche gewillt sind, dem Verbande beizutreten, sind freundlichst eingeladen. Zur Deckung der Unkosten findet **Zeller-sammlung** statt.  
 255/10  
**H. Silberstein, Steinmetzstr. 33 S. III.**

**Achtung!**  
**Lederarbeiter!**

Am Sonntag, den 14. Juni:  
**Familienausflug nach Gerner.**  
 Treffpunkt **Schlessischer Bahnhof** früh 6 1/2 Uhr, Abfahrt 7 Uhr 6 Minuten. Um zahlreiche Beteiligung bittet  
 201/15  
**Der Vorstand.**

**Ethische Gesellschaft.**

Sonntag, den 14. d. M.:  
**Ausflug**  
 nach **Friedrichshagen.**  
 Abfahrt 6 1/2 Uhr früh vom **Bahnhof Alexanderplatz.** Treffpunkt in **Friedrichshagen 12 Uhr** bei **Conrad,** von da ab im **Müggelsee.** Um rege Beteiligung bittet  
 868/7  
**Der Vorstand.**

# Achtung! Töpfer!

Bei dem **Töpfermeister Holz** (Bau Schöneberg, Friedenauerstraße), haben sämtliche Kollegen, ferner bei dem **Töpfermeister Brettschneider** (Bau Kremmerstraße), und **Löwe** aus **Zehlendorf** (Bau Feldzeugmeisterstraße) haben die Kollegen **theilweise die Arbeit eingestellt wegen Lohn-reduzierung.**  
 317/11

Der Vorstand.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt  
 Berlin SW., Benthstraße 3.

In neuer Auflage erschien soeben:

**Daniel in der Löwengrube**

Von  
**Heine II.**  
 Verfasser des „Neues Wintermärchen“,  
 3. Auflage.  
 4 Bogen 8. Preis elegant broschirt 30 Pfennig.

Die  
**Marseillaise des Christenthums**

Von  
**Dr. Friedrich Krasser.**

Einzelpreis 5 Pfennig. 100 Exemplare für 3 Mark.  
 Beide Novitäten sind den Parteigenossen bestens bekannt, und hoffen wir, daß dieselben in den vorliegenden neuen Auflagen sich gleicher Beliebtheit erfreuen werden, wie die früheren.  
**Wiederverkäufern gewähren wir Rabatt!**

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt  
 Berlin SW., Benthstraße 3.

Nachstehende Schriften zur Religion und Philosophie halten wir dauernd auf Lager und sind dieselben zu den beibehaltenen Preisen von uns zu beziehen.

**Wiederverkäufer erhalten Rabatt!**

<b>Bebel, A.,</b> Glossen zu Yves Guizot's und Sigm. Lacroix's: „Die wahre Gestalt des Christenthums“ und „Christenthum und Sozialismus. Eine religiöse Polemik“	0,15 M.
<b>Corvin, P.,</b> Passenspiegel. Historische Denkmäler des Fanatismus der röm.-kathol. Kirche. 7. Aufl. Broschirt 3 M. Eleg. geb.	4,-
<b>Dietzen, Jos.,</b> Streifzüge eines Sozialisten in das Gebiet der Erkenntnistheorie	0,25
<b>Dodel-Port, Moses</b> oder Darwin? 3. Aufl.	1,-
<b>Douai, A.,</b> ABC des Wissens für die Denkenden. 4. Aufl.	0,15
- Antwort an die Bekenner des Theismus	0,10
<b>Dühring, E.,</b> Kritische Geschichte der Philosophie. 2. Aufl.	6,-
- Der Werth des Lebens. 2. Aufl.	6,-
<b>Engels, Fr.,</b> Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie	0,50
<b>Guyot u. Lacroix,</b> Die wahre Gestalt des Christenthums. 2. Aufl.	0,80
<b>Heigl, F.,</b> Spaziergänge eines Arbeiter. 5. Aufl.	0,60
<b>Jacoby, Leop.,</b> Die Idee der Entwicklung. 2. Aufl. 2 Bde.	3,20
<b>Krasser, Fr.,</b> Marseillaise d. Christenthums. (100 Ex. 6 M.)	0,05
<b>Lassalle, Ferd.,</b> Die Philosophie Fichte's und die Bedeutung des deutschen Volksgeistes	0,10
<b>Lommel, G.,</b> Jesus von Nazareth. 12. Aufl.	0,30
- Johannes Huf. 7. Aufl.	0,25
<b>Stern, J.,</b> Die Philosophie Spinoza's. brosch. 1 M., geb.	1,50
- Die Religion der Zukunft. 3. Aufl.	0,50
- Halbes und ganzes Freidenkertum. 2. Aufl.	0,15

# Berlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Berlin SW., Benthstraße 2.

In unserem Verlage erschien soeben:

**Gewerbe-Ordnung**  
 für das Deutsche Reich

vom 21. Juni 1869,  
 in der Fassung des Reichsgesetzes vom 1. Juli 1883 und unter Berücksichtigung der durch die Gesetze vom 8. Dezember 1884, 23. April 1886, 6. Juli 1887 und die Novelle von 1891 eingeführten Aenderungen.

Mit erläuternden Anmerkungen und ausführlichem Sachregister.  
 16 1/2 Bogen Taschenformat. Preis elegant kartonnirt 1 Mark.

Welche Bedeutung die „Gewerbe-Ordnung“ für alle Zweige des Erwerbslebens besitzt, ist bekannt. Aus ihr ergibt sich die Nothwendigkeit der Anschaffung für Jeden, der, sei er selbständiger Gewerbetreibender oder Arbeiter, in die Lage kommt, sich über die gesetzlichen Vorschriften desselben informieren zu müssen. Eine erhöhte Bedeutung hat dieselbe erlangt durch die Novelle von 1891, das sogenannte „Arbeiterschutz-Gesetz“, dessen Kenntniss unentbehrlich ist. Wir brauchen dabei nur auf die Bestimmungen über die „Sonntagsruhe“ und den „Kontraktbruch“ hinzuweisen, die in Zukunft von einschneidender Wirkung sein werden.  
 Unsere Ausgabe der „Gewerbe-Ordnung“ ist dem Bedürfnis der Arbeiter angepasst; sie zeichnet sich sowohl durch sorgfältige Bearbeitung, gemeinverständliche Erläuterungen und ein erschöpfendes Sachregister, als auch durch geschmackvolle Ausstattung und billigen Preis vor anderen Ausgaben derselben vortheilhaft aus.

**Bereinen und Wiederverkäufern**  
 gewähren wir beim Parthiebezug entsprechenden Rabatt.

## Zur Lage unserer Genossen in Oesterreich.

Das Organ der österreichischen Sozialdemokratie, die in Wien erscheinende „Arbeiter-Zeitung“, veröffentlichte in ihrer letzten Nummer einen Artikel unter der Überschrift: „Ein Sozialistengesetz in Sicht?“ auf Grund dessen die Nummer der Konstitution verfiel. Der Artikel ist für die Beleuchtung der österreichischen Zustände und die Lage unserer Genossen von so allgemeinem Interesse, daß seine Wiedergabe im Zentralorgan der deutschen Bruderpartei sich rechtfertigt. Gemahnt uns doch sein Inhalt an eben erst Erlebtes, das vielleicht auch bei uns nicht für ewig verschwunden ist, denn wessen der „neue Kurs“ fähig ist, das wissen die Dirigenten desselben wohl selbst nicht, sondern nur die Götter.

Der Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ lautet:

Das muß man sagen, Graf Taaffe versteht seine Zeit. Im Jahre des Heils 1889 am 1. Juni hat er dem österreichischen Parlamente wieder ein Sozialistengesetz vorgelegt, mehr als ein Jahr, nachdem das deutsche Schandgesetz ohnmächtig erloschen, zwei Jahre, nachdem man in Oesterreich selbst ein Ausnahmegesetz, die Aufhebung der Geschworenengerichte für anarchistische Verbrechen, lautlos und verschämt hat verschwinden lassen. Wir sind von unserer verehrten Regierung nicht eben verwöhnt im Punkte der Logik — aber selbst bei den besten Absichten in dieser Richtung wird es schwer sein, diese zwei Thatfachen in einen logischen Zusammenhang zu bringen: das Falllassen des erwählten „Anarchistengesetzes“ im Juli 1889 und die Einbringung eines Gesetzes gegen Verbrechen, die auf „gewaltsamen Umsturz“ gerichtet sind, im Juni 1891. Das „Anarchistengesetz“ war mit dem Sturze Frankl's überflüssig geworden, es gab keine „Anarchisten“ mehr, und wollte man welche, mußte man sie mühsam in der Redaktion der „Gleichheit“ — finden. Was ist seither geschehen, wo sind die Gewaltthaten, welche ein solches Gesetz in den Augen der politischen Blinden rechtfertigen könnten? In Deutschland kostete das Sozialistengesetz zwei Attentate und jede Verlängerung desselben mußte von dem aus dem Wessensfonds gespeisten Polizeirath Krüger durch haar bezahlte „Vorbereitungen“ zu Gewaltthaten mühsam vorbereitet werden. In Oesterreich würde heute selbst der verflorenste „österreichische Krüger“ für schweres Geld derlei Material für den Motivbericht nicht beschaffen können; wenn es noch ehrliche Anarchisten in Oesterreich giebt, sind sie nicht mehr noth genug, um sich für die Zwecke avancentbedürftiger Herren mißbrauchen zu lassen und etwaige Schurken stehen unter einer Kontrolle, die ganz anders scharfsichtig ist als die der löblichen Polizei, unter der Kontrolle der Sozialdemokratie, und sie hüten ihre Haut. Wenn also Graf Taaffe alten Grund hätte, den Göttern auf den Knien zu danken, daß sein Sozialistengesetz-Entwurf von 1889 und 1886, jene Fehlgabe, die es nicht einmal zu einer Erledigung im Ausschuss gebracht, einigermaßen vergessen worden, warum bringt er neuerlich ganz genau dieselbe Vorlage ein?

Es giebt einen Erklärungsgrund, der so spezifisch österreichisch ist, daß er alle Wahrscheinlichkeit für sich hätte, dürften wir ihn gelten lassen. Bekanntlich liegt dem Parlamente der Antrag Bernerstorfer vor, die Regierung sei aufzufordern, die Ausnahmevorschriften aufzuheben. Ganz denselben Antrag hatte schon in der vorigen Session wiederholt Kronawetter und zuletzt sogar Herbst eingebracht und Graf Taaffe hatte der ganz selbstverständlichen Zustimmung der Majorität der betreffenden Ausschüsse nur einen einzigen, aber durchschlagenden Satz gegenüber zu stellen: „Gewilligt mir das Sozialistengesetz, so habe ich den Ausnahmezustand auf!“ Dadurch ermöglichte er dem reaktionären Flügel der Linken und den Polen ihren „Liberalismus“ zu retten, indem sie anscheinend zwischen den beiden Uebeln das kleinere, den Ausnahmezustand, wählen konnten und so ihm und der Wiener Polizei-Direktion das bequeme „Fortwurseln“ gestatteten. Auch diesmal wäre dieser Ausweg für den Grafen Taaffe sehr bequem gewesen, aber um sich auf einen Gesetzentwurf berufen zu können, muß man auch einen eingeleitet haben. Das ist unangenehm wegen des Aufsehens und des Spektakels, den die erste Lesung machen wird; eine zweite Beratung erlebt das Ding ohnehin nicht. Und die Zeit drängt; Dienstag hält der „Ausnahmeauschuss“ Sitzung und Taaffe muß endlich reden. Aber Alles läßt sich machen; das Geheimnis ist die Bürgschaft des Erfolges. Während sonst schon Wochen vorher alle offiziellen Zeitungen gaderen, wenn die Regierung die Absicht hat, ein Ei zu legen, schweigen diesmal alle Zungen; kein Abgeordneter erhebt vorher ein Wort. So kann es gelingen, die Zuweisung an den Ausschuss, unter Vermeidung der ersten Lesung durch den Präsidenten, ohne Widerspruch eines Abgeordneten vornehmen zu lassen. Man kann Montag die Vor-

lage einbringen und sich Dienstag bereits auf sie berufen. Wäre diese Annahme nicht aus mehreren Gründen unzulässig, man möchte fast meinen, Graf Taaffe selbst schäme sich seines eigenen Antrages. — — — Aber es sollte anders kommen: durch einen glücklichen Zufall merkte der Abgeordnete Bernerstorfer, was vorging, erhob Einsprache dagegen und — Graf Taaffe wird den Kummer haben, seinen Entwurf im hellen Tageslichte der öffentlichen Diskussion im Parlamente aussetzen zu müssen. Es war ein Streich ins Wasser.

Aber wie gesagt, diese Erklärung, welche diejenigen vorbringen, welche das Einbringen des Sozialistengesetzes zu verteidigen und begründen zu machen suchen, dürfen wir nicht annehmen, weil wir den Ministerpräsidenten Grafen Taaffe und seine Kollegen insgesamt von Schönborn bis Steinbach der unerhörten Frivolität beschuldigen würden, sich die „allerhöchste Ermächtigung“ zur Einbringung der Vorlage zum Behufe eines parlamentarischen Winkelzuges verschafft zu haben — und das dürfen wir nicht. Wir müssen annehmen, das Sozialistengesetz sei ernst gemeint, man wäge es, einen solchen Entwurf einem Parlamente, und sei es selbst unser österreichisches Abgeordnetenhaus, in allem Ernste vorzulegen. Sehen wir uns also das Ding an.

Vom Gesetze getroffen sollen Vereine, Versammlungen und Druckschriften werden, bezüglich welcher „durch Thatfachen die Annahme gerechtfertigt ist, daß sie solchen sozialistischen Bestrebungen dienen, welche auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtet sind.“

Der „gewaltsame Umsturz!“ Wir könnten ja sagen, das ganze Gesetz geht uns Sozialdemokraten nichts an; wir könnten sagen, wir halten prinzipiell jedes Gesetz, welches Tendenzen hemmen, welches Meinungen unterdrückt, für verwerflich und ohnmächtig, aber in der Praxis trifft uns das Gesetz nicht. Denn die Sozialdemokratie hat mit dem „gewaltsamen Umsturz“ nichts zu thun, sie kommt gar nicht in die Lage, sich zu fragen, ob sie ihn will, denn sie ist sich klar bewußt, daß sie ihn nicht kann. Und trotzdem wissen wir genau, daß dies Gesetz, würde es je in Geltung treten, uns und nur uns treffen würde. Erstens kennen wir die Praxis der Gerichtshöfe aus Erfahrung und wissen, was ein findiger Richter aus dem Worte „Bestrebung“ machen kann. Zweitens aber, und das ist aus mehr als einem Grunde wichtig, die Regierung sagt im Motivenbericht, daß sie das Gesetz eingebracht „in der Ueberzeugung, daß die bestehenden Gesetze gegen jene sozialistischen Ausschreitungen, welche der gewaltsamen Umsturz z. anstreben, nicht vollkommen ausreichen.“ Nebenbei gesagt, ist das das ganze Um und Auf der „Motiv“. Die Regierung muß also die „Ueberzeugung“ haben, daß solche „Bestrebungen“ in Oesterreich und zwar heute bestehen. Nun giebt es aber in Oesterreich heute und seit Jahren nur eine sozialistische Bewegung, und diese ist sozialdemokratisch. Will man also die Regierung nicht leerer Phrasen beschuldigen oder sie lächerlicher Gespensterherren verdächtigen, so muß man annehmen, daß das Gesetz gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist.

Aber freilich, die Regierung hat ihre verlässlichen Sachmänner, insbesondere Polizeidirektor Kraus ist ihr höchst kompetent und diese Leute wissen Vieles von „Anarchisten“ zu erzählen. Noch Dienstag haben Kraus und Statthalterreich Czaplá im Ausschuss, der sich mit dem Ausnahmezustand beschäftigt, sehr merkwürdige Dinge berichtet. Freilich konnten sie nicht Thatfachen anführen von der Sorte, welche den Motivenbericht der Regierung in den Jahren 1885 und 1886 anfüllten, die Dynamitanschläge, Geheimbünde u. dgl. Sie konnten nicht die Klage erheben, welche der Motivenbericht von 1886 enthält: „es zeigte sich das Bestreben die legal gebildeten Vereine einzugehen zu lassen und die Arbeiter in geheimen Verbänden zu organisieren.“ Im Gegentheil, das Vereinswesen hat seit vier Jahren einen mächtigen Aufschwung genommen und wer die „legal gebildeten Vereine“ und ihre Gründung hemmt, das ist ganz allein die Regierung selbst und insbesondere die Wiener Polizeidirektion und die niederösterreichische und böhmische Statthalterei. Ein Beispiel für Viele: Der Arbeiter-Bildungsverein in Potten-

\*) Die Regierung hat offiziell verlauten lassen, daß sich der neue Entwurf vom alten wesentlich unterscheidet und Milderungen enthalte. Der „wesentliche“ Unterschied besteht darin, daß die Charakteristik des Delikts im alten Entwurf in die Worte gefaßt ist: „sozialistische, auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen.“ Die Milderungen“ bestehen in Folgendem: „Beranstalten von Versammlungen, die den gewaltsamen Umsturz“ voranzutreiben lassen, werden nun mit drei Monaten bis zwei Jahren, früher mit sechs Monaten bis zwei Jahren, die Teilnehmer mit einem Monat bis zwei Jahren, früher mit drei Monaten bis zwei Jahren strengen Arrest bedroht. Und die zweite Milderung besteht darin, daß das Gesetz früher nur fünf Jahre lang, jetzt aber ohne Zeitbeschränkung gelten soll!

zu nennen. War doch sein Kernholz über und über voll, hatte doch sein entschiedener Kampf gegen die Verberberung der herrschenden Politik, gegen die schändliche Unterdrückung der Arbeiterklasse, sein mannhafte Eintreten für eine volksthümliche positive Sozialpolitik die Philister und die Großbürger, die Heulweier und die engherzigen Seelen des lendenlahmen Liberalismus auf das Tiefste erbittert. Unter Wehring hatte die „Volks-Zeitung“, die einst für politische Freiheit energisch getritten hat, nicht bloß die Volksrechte auf politischem Gebiete verteidigt, sondern auch die dringendste Forderung unserer Zeit, die soziale Frage im Sinne einer vorgeschrittenen Demokratie, die diesen Namen in der That verdient, unausgesetzt behandelt. Was in der Zeit des Sozialistengesetzes, da die Arbeiterpartei verfolgt und mundtot gemacht war, die „Volks-Zeitung“ gethan hat, wird ihr und ihrem Repräsentanten, dessen Eigenart in jeder Zeile haarscharf zum erfreulichen Ausdruck kam, unvergessen bleiben.

Eine schwere Schuld in den Augen einer beschränkten, engherzigen Bourgeoisie, die ihre politische Erstgeburt für das gutgeschmälzte Linsengericht der unbeschränkten Plusmacherlei verschachtet hat. Und das letzte Glied in der Kette war der Fall Lindau. Auf den Boykott der Schabelsky setzte als neuen Trumpf das entrüstete Kapital den Boykott Wehring. Und dieser Boykott richtete sich nicht bloß gegen die materielle Existenz, er wollte auch an die Ehre des Gegners tasten, der mit Stolz von sich sagen kann, daß er zu den bestgehörten und meistverleumdeten Männern der deutschen Publizistik gehört. Der Klügel, der in süßer Entschuldigung mantschte und munktete, liebt es, ganze Arbeit zu verrichten.

Nicht bloß brotlos machen, moralisch den Hals abschneiden, das war das Ziel des Schweiges der Edlen werth, und brauchte man einige kräftige Eide, sie waren zu haben, man schwor sie. Ein Oberst des Lindau-Rings hat

dorf arbeitet seit 26 Monaten an seiner Konstituierung, er schreibt die Statuten bewilligter Vereine wörtlich ab; das nützt nichts, die Statthalterei findet nun ein Haar darin. Unsere Rubrik: „Wie man uns behandelt“ kann eine diebische Beispielsammlung liefern. — — — Aber Herr Kraus hat trotz alledem die Kühnheit zu sagen, die legale Arbeiterbewegung gedeibe unter dem Schutze der Ausnahmeverordnungen. „Schutz“ nennt er die Drangsalierung und Ghilantierung aller Gewerkschaften und Bildungsvereine, „Schutz“ das Verbot und die Auflösung zahlloser Versammlungen, „Schutz“ die kleinlichste Bevormundung und polizeiliche Ueberwachung der harmlosesten Zusammenkünfte von Arbeitern. Aber nun kommt sein großer Trumpf: Die Gewerkschaftstage fanden zum Theil in Wien statt. Bewußt, warum nicht? Der Ausnahmezustand hat mit Vereinigungen geladener Gäste nichts zu thun, und daß sich diese Versammlungen auch außerhalb Wien ungeschmähte Bedingungen gefallen lassen müssen, ist das Verdienst der diversen Bezirkshauptleute, aber nicht das des Polizeipräsidenten.

Aber Herr Polizeipräsident Kraus wollte auch beweisen, daß der Anarchismus in Oesterreich noch lebe, so stark sei, daß er Ausnahmegesetze nöthig mache, und da er sich auf Thatfachen eben nicht berufen konnte, zitierte er „Autoritäten“ und zwar einzelne Aufsätze in der Londoner „Autonomie“ und der New-Yorker „Freiheit“. Wir sind in der glücklichen Lage, ihm auch auf dieses Gebiet folgen zu können, da wir diese Blätter sehr fleißig lesen. Man weiß, daß die Anarchisten die Gewohnheit haben, von ihren „Thaten“ und ihrer Anhängerzahl in ziemlich übertriebenen Ausdrücken zu reden und es durchaus nicht verschmähen, den Mund sehr voll zu nehmen. Was wissen sie nun von Oesterreich zu erzählen? Die Herren in London und New-York sind natürlich höchst unzufrieden mit uns Sozialdemokraten und beschimpfen uns auf's Unfähigste, so oft sie von Oesterreich reden; das versteht sich ja von selbst. Aber was wissen sie über den Stand der anarchistischen Bewegung zu melden? Die „Autonomie“ singt in Nr. 119 vom 19. Januar 1891, der letzten, die sich ausschließlich mit Oesterreich beschäftigt, ein wahres Klagegedicht. Sie schildert die Ausbreitung der Sozialdemokratie (natürlich entstellt, verlogen und gehässig) und führt dann fort: „Nur von einer radikalen Arbeiterbewegung keine Spur, von Anarchismus kein Lebenszeichen — so steht die Situation in Oesterreich!“ Sie richtet hernach eine ziemlich kleinlauten Aufforderung an ihre Parteigenossen, doch eifriger zu sein, und gesteht, daß die „früher besagte Taktik und Organisation sich leider nicht immer als zweckmäßig bewiesen habe.“

Und die Moskische „Freiheit“ jammert am 4. April in einem vier spaltenlangen Wiener Brief in noch weinerlicherem Tone insbesondere über den „Schwindel“ der Wahl-Bewegung: „daß die Bevölkerung als solche und die tausende Sozialdemokraten im Besonderen nichts von irgend welcher Thätigkeit der Anarchisten wahrnehmen konnten; daß nicht ein Wort des Protestes, daß in den vielen Versammlungen, die wir selbst sahen, nicht ein Zwischenruf fiel.“ ... Von der Maibewegung und den Streiks „hatten die Anarchisten Nichts, denn sie bemühten sich nicht, daß die Bevölkerung die revolutionären Konsequenzen dieser großen Bewegung zog.“ ... Früher wurde die Propaganda der That angewendet, jetzt geschieht nichts mehr. Und selbst wenn etwas geschähe, würde dem Volk in seiner Masse mehr als damals das richtige Verständnis fehlen.“ — — — So spricht die „Freiheit“, so die „Autonomie“, die klassischen Zeugen des Herrn Polizeipräsidenten von Wien. Die Anhänger Reuters und Mosk's, die gewohnt sind aus einer Mücke einen Elephanten zu machen, finden auch die „Mücke“ nicht mehr in Oesterreich. Und auf diese Gewähsmänner beruft sich der Exprete des Grafen Taaffe, um Gesetze und Verordnungen gegen den gewaltsamen Umsturz zu motivieren! „Autonomie“ und „Freiheit“ haben Recht mit Oesterreich nicht zufrieden zu sein: sie werden nicht mehr bezogen und wenn es doch ab und zu geschieht, dann will es merkwürdiger Weise mitunter der böse „Zufall“, daß mit dem Briefträger zugleich der Detektiv eintritt, und der Empfänger ausgewiesen wird, wie das erst jüngst in Wien geschah! Ob das Verdienst dieser „Promptheit“ Wien oder — London zufällt, wissen wir freilich nicht. Die österreichische Arbeiterbewegung ist durchaus geklärt, zielbewußt und hat die Kinderkrankheiten vollständig überwunden. Ihr Ziel ist gewiß ein revolutionäres, die Vorbereitung und Schaffung aller Bedingungen für die Ueberführung der Gesellschaft zu einer neuen, sozialistischen Wirtschaftsform. Der Weg des „gewaltsamen Umsturzes“ ist ungangbar; für den „Umsturz“ sorgt, und zwar in ihrer Art sehr „gewaltlos“, die Entwicklung der Produktion und mit ihr der Klassengegensätze. Die revolutionäre Aufgabe der Sozialdemokratie ist, die physische und geistige Bereitschaft des Proletariats herbeizuführen. Das Mittel dazu ist Organisation und politischer Kampf. Das ist klar, durchdacht, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend und erfolgreich. Diese Taktik ist aber auch unanfechtbar vom gefes-

es ausgeplaudert: „Hier muß ein Exempel statuirt werden; kommen solche Dinge erst an die Öffentlichkeit, dann sind wir alle verloren.“ Warum auch griff Mehring in dies Wespenneß?

Doch gemacht, er hatte fest zugegriffen. Auf das Pflaster konnte man ihn sehen, aber seine Sache führte er unerschrocken weiter, und mit Jim's zählte er der Clique heim, die sich so perfid an ihm vergangen.

Die Streitschrift: Kapital und Presse, die jüngst erschienen ist, stellt sich als eine gründlichste Abrechnung dar. Mehring mußte dies Buch schreiben, das war ein Akt der Nothwehr; aber was er schrieb, ist nicht allein eine glänzende Rechtfertigung, nicht bloß ein Sieg über den Lindau-Ring. Das rein Persönliche wird vielmehr zur Folie für eine meisterhafte Entwicklung des Niederganges der bürgerlichen Presse, welche dem Einflusse des Kapitalismus mehr und mehr verfällt und nichts ist als das klingende Echo der Interessen des Geldsacks. Das gerade ist das Bedeutsame solch einer Polemik des Einzelnen im Dienste einer Idee, daß das Individuelle nur den Hintergrund abgibt, von welchem sich das größere, die Gesamtheit unmittelbar auf das ungelöste beruhende Problem klar und lichtvoll abhebt. So führt Mehring nicht nur seine, er führt auch des Volkes Sache, wenn er die kapitalistische Organisation der Publizistik an den Pranger stellt, das Besondere erhebt sich zur Bedeutung eines Allgemeinen, das Persönliche zum Typischen, und so ist die treffliche Schrift im Grunde ein willkommenster Beitrag zur Naturgeschichte der herrschenden Klassen.

Es ist nicht unsere Aufgabe, eine ins Detail gehende Geschichtserzählung zu geben. Wir verweisen vielmehr auf das Buch selbst, das auf das Wärmste zu empfehlen ist. Nur Einiges sei zur näheren Begründung unserer Ausführungen aus der reichen Fülle des von Mehring beigebrachten erdrückenden Beweismaterials herausgehoben!

## Kapital und Presse.\*)

I.

Der Fall Lindau mußte ein Nachspiel haben. Wir haben damals, als die Schauspielerin Else von Schabelsky dem Boykott eines literarischen Alkovenchens und seiner Sippe verfiel, die ganze Angelegenheit unter dem Gesichtswinkel betrachtet, welcher der einzig zulässige war, unter dem sozial. Der Wüstling, welcher sich seiner Geliebten entledigt und die Macht der bürgerlichen Presse für seine schmachlichen Pläne rücksichtslos ausbeutete, war uns von vorn herein ein bestimmter gesellschaftlicher Typus, so gut wie seine Eideshelfer, so gut auch wie die Proletarierin der Bühne, die in diesem Drama das geheute Wild spielte. Der damalige Hauptakteur ist über das große Wasser gegangen, um als publizistischer Schlepper für einen deutsch-amerikanischen Eisenbahngründer zu wirken, den wegen etwelcher reklamenhaften Spenden für deutsche Klügelbeutel und Almosenkästen, welche sein siegreicher Rivale Jay Gould verächtlich als Stiefelputzertrinkgeld bezeichnen würde, die deutsche Presse von Frankfurt bis nach Krotoschin als edelmüthigen Krösus über den grünen Klee gelobt hat. Aber derweil hat die Szene gewechselt, und mit einer anderen Besetzung geht ein neues Stück über die Bretter.

Es raste der See und wollte sein Opfer haben. Die Bourgeoisie war tödlich verletzt, und der Mann, welcher unerschrocken den Finger in des bürgerlichen Glüdes Wunde gelegt und an einem packenden Beispiel das schwere Siechtum der bestehenden Klasse aufgewiesen hatte, er mußte fallen. Sein wirtschaftlicher Ruin sollte ihn spüren lassen, was es bedeutet, die Konfessionsgeheimnisse des Kapitalismus zu enthüllen und ohne Scheu das Kind beim rechten Namen

\*) Kapital und Presse. Ein Nachspiel zum Fall Lindau von Dr. F. Mehring. Preis 2 M. Berlin. Verlag von Kurt Bragvogel 1891.

lichen Standpunkt. Unsere Gegner, die bestehenden Klassen und ihre Organe, werden auf ihrem eigenen Boden, mit ihren eigenen Waffen bekämpft und stets geschlagen. Sie werden dadurch dazu gezwungen, ihre Ohnmacht einzugestehen und ihr eigenes Gesetz für banaler zu erklären, d. h. Ausnahmegesetze zu machen, aber bald erkennen sie, daß sich gegen die sozialdemokratische Bewegung weder mit „ordentlichen“ noch mit „außerordentlichen“ Zwangsgesetzen etwas ausrichten läßt und dann — dann beginnt die „geistige Bekämpfung“ mit Kartellen, „schwarzen Listen“ etc. Kurz, der Klassenkampf entbrennt, unverhüllt durch legale Floskeln. Und der Ausgang dieses Kampfes erst recht ist uns nicht einem Augenblick zweifelhaft. Uns führt jene Straße zum Siege, auf welcher der Fortschritt der Kultur, die Entwicklung der Menschheit mit ebenen, unaufhaltsamen Schritten einherzwehret.

So lassen wir denn dieses neueste Produkt der Laune unserer väterlichen Regierung, das „Sozialistengesetz“, sollte es je Talsache werden, ruhig an uns heran kommen, in dem vollen Bewußtsein, daß es einzig und ausschließlich gegen uns Sozialdemokraten gerichtet ist. Mögen die Herren thun, was sie nicht lassen können. Wir haben gewiß keine überspannte Meinung von dem Freisinn und der sozialpolitischen Einsicht unseres Parlaments; trotzdem halten wir die Annahme dieses Gesetzes für ausgeschlossen, es kann schandenhalber keine Majorität finden. Was vor fünf Jahren möglich war, ist heute unmöglich geworden. Unsere deutschen Genossen haben den Herrschenden den Appetit an derlei Lederbissen, wie es Ausnahmegesetze für die Bourgeoisie sind, gründlich verdorben! Aber Graf Taaffe tarzt das Parlament eben noch niedriger als wir, er muß ihm die Annahme seines Entwurfes zu. Welche Gattung von Kompliment darin liegt, mögen die Herren unter sich ausmachen. Uns kann es gleichgültig sein.

Das Gesetz würde den heutigen „rechtlichen“ Zustand erheblich verschärfen, unsere Agitation erschweren und gefährlicher für den Einzelnen machen. Wir sind darauf und auf noch Ärgeres gefaßt. Wir werden hoffentlich zeigen dürfen, daß man durch dieses Ausnahmegesetz der österreichischen Sozialdemokratie ebensowenig anhaben kann, als die zwölf Jahre Sozialistengesetz unsere deutsche Bruderpartei gekehmt haben.

Ein Wort möchten wir schließlich an diejenigen richten, die es angeht. Der „Ansturm“ ist unausbleiblich; nicht wir machen ihn, weil wir ihn wünschen, sondern die Mechanik der kapitalistischen Wirtschaft führt ihn herbei. Ob der „Ansturm“ aber „gewaltfam“ sein wird, das hängt von dem Maße der Einsicht der Bestehenden und ihrer Sachwalter ab. Sie können die Entwicklung friedlich gestalten, sie können sie aber auch verbittern und vergiften und so eine Katastrophe herbeiführen, welche Helatomben von Menschenleben fordert. Mögen sie wählen, sie werden das Schicksal zu tragen haben, das sie selbst sich bereiten.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 11. Juni.

Der Vorsitzende, Stadtv. Dr. Stryk, eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

Erster Punkt der Tagesordnung bildet die Vorlage, betr. die Festsetzung der Fluchtlinien für die neu zu erbauende Waisenbrücke, sowie die Abänderung von Baufluchtlinien für einen Teil der Neuen Friedrichstraße und der Wallstraße im Anschluß an diese Brücke.

Der Berichterstatter, Stadtv. Wohlgenuth, empfiehlt Namens des Ausschusses, dem Antrage des Magistrats gemäß, wie folgt zu beschließen:

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß die Fluchtlinien für die neu zu erbauende Waisenbrücke und die bei der Ein- und Ausmündung dieser neuen Brücke abzuändernden Baufluchtlinien nach Maßgabe des mit der Vorlage vom 27. März c. vorgelegten Projektes zur Festsetzung gebracht werden.

Ferner empfiehlt der Vorstand die Annahme folgender Resolution:

Durch die Festsetzung der Baufluchtlinie in der Neuen Friedrichstraße bis zum Wasser soll der Anschluß der Versammlung über die Festsetzung der Baufluchtlinie einer Uferstraße zwischen Waisenbrücke und dem Mühlendamm nicht präjudiziert werden.

Stadtv. Sello stellt den Antrag, die Beschlußfassung so lange auszusetzen, bis die Stütze zum Bau der Dandwertschule fertig gestellt ist. In Betreff der Uferstraße vertritt Hedner die Ansicht, daß deren Herstellung wohl wünschenswert sei, da die Abwässer aber einen nicht unbedeutenden Vorteil durch dieselbe erzielen, so sei es nicht mehr wie billig, wenn die Anwohner auch einen Teil der Kosten tragen.

Stadtv. Baumgarten hält die Uferstraße ebenfalls nicht für notwendig, wenn auch wünschenswert, er empfiehlt daher die Ablehnung der vom Ausschusse vorgeschlagenen Resolution.

Stadtv. Dr. Sangerhans bittet, den Antrag des Stadtv. Sello dahin abzuändern, daß nur die Beschlußfassung über die Fluchtlinien vor dem jetzigen Waisenhaus ausgesetzt werde.

Getreu den Tendenzen und Ueberlieferungen der „Volks-Zeitung“ hatte Mehring den Fall Lindau in dem Blatte, dessen Chefredakteur er damals war, dargestellt. Die Biederländer aber, welche die Hand dazu boten, ihn und die Kollegen, welche ihm treu zur Seite standen, über die Kluge springen zu lassen, waren schon bereit zu diesem löblichen Thun. Der tatsächliche Besitzer des Blattes, Herr Cohn, ein Schwager des „Tageblatt“-Woffe, ferner ein Dekorationsstück des Ausschusses, der deutschfreisinnige Abgeordnete Otto Hermes, und der Redakteur des Feuilletons, Rudolf Glöck, saßen am fänsenden Webstuhl der Intrigue im Bunde unter Anderen mit einem Herrn, der nothleidende Leute durch hilfreiche Wechsell um Christi Barmherzigkeit willen zu unterstützen pflegt. Die Weihe seiner Kraft hatte Glöck durch Paul Lindau, der ihn in Audienz empfangen und ihm seine Unschuld schlüssig bewiesen hatte, ein für allemal erhalten. Es ist unmöglich, die Fettelein und Chikanen, die Ränke und Schwänke aufzuzählen, mit denen man in unwürdigster Weise Mehring bis zum Aeußersten zu treiben suchte. Wer seine schlichte Darlegung unbefangen liest, wird gleich uns nicht wissen, worüber er sich mehr wundern soll, über die unqualifizierbare Art des Vorgehens oder über die Hosenherzigkeit, mit welcher diese Scandotten der Lindau-Behne ihr unfeines Werk verrichteten.

Doch als Mehring endlich gekündigt hatte, als seine treuen Kameraden Ledebour und Eldenburg gleichfalls gegangen waren, mit ihnen die Mitarbeiter, welche für die demokratische „Volks-Zeitung“ gewirkt hatten, da zeigte sich die Noblesse der Cöhne und Hermes in all ihrer Glorie. Ach, Herr Otto Hermes, der doch so viele Jahre in seinem Aquarium Schlangenzucht hat machen können, prostritierte nicht viel dabei. Was hilft das Bibelwort: Werbet klug wie die Schlangen! wenn die Natur stürmisch dagegen revolürt? Doch man braucht trotzdem nicht ohne Falsch zu

Stadtv. Schwalbe erklärt sich für den Antrag Sello-Dr. Sangerhans.

Stadtverordneten-Versammlung ersucht die Versammlung, die Sache schon heute zur Entscheidung zu bringen und von einer Uferstraße Abstand nehmen zu wollen. Alle bisher geschaffenen Uferstraßen hätten sehr wenig Verkehr und auch die projektirte würde wenig belebt werden und nur den Adjazenten zu Gute kommen.

Stadtv. Heilmann tritt für Annahme des Ausschusses antrages nebst der Resolution ein.

Stadtv. Kilmann steht auf dem Standpunkte des Stadtv. Sello. Der innere Teil Berlins, gewissermaßen der Kern der Stadt, befindet sich in einem Zustande, der fast an Verwahrlosung grenze und vor allen anderen Stadttheilen der Aufbesserung bedürfe. Er müßte die Herstellung einer Uferstraße als ein Gebot der Nothwendigkeit erachten. Der Verkehr würde durch dieselbe von den engen und überaus belebten Straßen wesentlich abgelenkt werden.

Stadtv. Dr. Sangerhans empfiehlt seinen Antrag, damit der Magistrat in Betreff der Waisenbrücke keine Schwierigkeiten habe.

Bei der Abstimmung werden die Anträge Sello-Dr. Sangerhans angenommen.

Ueber eine Petition, betr. die Verhütung periodischer Preissteigerungen für Koaks auf den städtischen Gasanstalten, sowie eine schleunigere Abfertigung der Käufer, erstattet Stadtv. Bilschke Bericht.

Die Erhöhung des Preises für Koaks im Januar d. J. um 20 Pf. pro Hektoliter hat den Petenten im Interesse der armen Leute, die allwöchentlich 1/2 bis 1 Hektoliter Koaks aus einer der Gasanstalten holen, zu der Bitte an die Versammlung Veranlassung gegeben, dahin wirken zu wollen, daß in Zukunft den Leuten, die sich ihr Brennmaterial nur von Woche zu Woche beschaffen können, der Koaks in der Anstalt selbst nicht in angebotener Weise vertheuert werde. Auch bezeichnen es die Petenten für erwünscht, wenn die Beamten nachgewiesen würden, die Abfertigung solcher Kunden etwas zu beschleunigen.

Der Ausschuss ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß ein gleichmäßiges Festhalten des Verkaufspreises nicht durchführbar sei und empfiehlt daher, über diesen Punkt der Petition zur Tagesordnung überzugehen, dagegen im Uebrigen aber den Magistrat um Erwdigung zu ersuchen, ob nicht eine schleunigere Abfertigung der Käufer zu ermöglichen wäre.

Die Versammlung beschließt in diesem Sinne.

Es folgt die Berichterstattung des Stadtv. Hermann über eine Petition, betr. die Ermäßigung der Schlacht- und Schaugeldern für Schweine und die Herabsetzung der Mieten für die Verkaufsstände der Schlächter in den Stadtbahnhöfen und in den Markthallen, sowie die Ausdehnung der Zeit des An- und Abfahrens der Wagen der Engros-Schlächter vor der Zentral-Markthalle.

Der Ausschuss hat den in der Petition angeführten Gründen nicht beitreten können und empfiehlt der Versammlung über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Es wird diesem Antrage seitens der Versammlung zugestimmt.

Die Vorlage, betreffend die Verlängerung der mit den Kreisaußschüssen der Kreise Niederbarnim und Teltow abgeschlossenen Vergleiche über die Veranlagung der in den genannten Kreisen belegenen städtischen Kielesgüter zur Kreis-Einkommensteuer wird — unter Ablehnung eines Antrages des Stadtv. Stadthagen auf Ueberweisung an einen Ausschuss — angenommen.

Die Vorlage, betr. die Enteignung der zur Verlängerung der Zimmerstraße erforderlichen Privatstraßen wird nach kurzer Debatte angenommen.

Die Vorlage, betr. die Herabsetzung der von der Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, J. Postmann u. Co., für das Kalenderjahr 1890 zu entrichtenden Abgabe wird angenommen.

Die Vorlage, betreffend den Bau des ersten Gasbehälters, auf dem Grundstücke in der Lutherstraße in Charlottenburg wird angenommen.

Ebenfalls wird die Vorlage, betreffend den Entwurf zum Bau einer Nothbrücke unterhalb der Friedrichsbrücke genehmigt. Schluß 7 1/4 Uhr.

## Lokales.

Von Wichtigkeit für alle Vertreter von Gewerkschaften ist eine Erklärung, beziehungsweise Aufforderung, welche der Polizeipräsident Berlin an den Vorsitzenden des Vereins der Steinbrücker, Lithographen und Berufsge nossen Deutschlands gerichtet hat. Im § 2 seines Statuts gewährleistet der Verein als Mittel zur Erreichung seines Zweckes (allseitige Vertretung der Interessen seiner Mitglieder, insbesondere Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen) seinen Mitgliedern unentgeltlichen Rechtsschutz. Der § 11 enthält dann die näheren Bestimmungen darüber, wann und wie Rechtsschutz zu leisten ist. Unter Anderem ist folgender Satz in diesem Paragraphen enthalten: Wird bei einer Justizsache Rechtsschutz nachgesucht, so hat die betreffende Lokalverwaltung unter genauer Schilderung an den Vereinsvorstand zu berichten u. s. w.“ Unterm 6. Juni

sein wie die Tauben. So sperre der Ausschuss, die gehorame Marionette in der Hand des Geldmannes Cohn und seiner Hintermänner, dem boykottirten Mehring den Gehalt. Ihn, den man auf die Folter gespannt, mit Unwürdigkeiten gequält, mit Abregleien geärgert hatte, ihn, dessen Thätigkeit für das Blatt man unter die heimliche Polizei-Aufsicht von Metteur und Korrektor gestellt hatte, ihn, über welchen die Redaktions-Briefsperrre verhängt war, beschuldigten die Verächter, er habe seine reaktionellen Pflichten nicht erfüllt, er sei verantwortlich für die „abgeschwächte Haltung“ des Blattes. Die „Volks-Zeitung“ in ihrer besten Zeit, das war Mehring, und die Piepmäier, welche ihn beseitigten, schneiden solche Kapiolen. Es war Mehring ein Leichtes, die Hinsichtigkeit dieser Behauptungen vor dem Richter zu erweisen, sein Prozeß ist am 10. Juni von ihm gewonnen worden.

Aber was ändert dieser Erfolg an der Thatsache des widerwärtigsten Boykotts? Cines Boykotts, der mit verdoppelter Wucht auf seine Anstifter zurückfiel. Mehring ging, und Tausende von Lesern mit ihm. Die „Volks-Zeitung“ ist aus der Liste der ernsthaften Blätter gestrichen, und eintönig echoet sie wieder, was Herr Eugen Richter verkündet.

Statt Mehring ein in den weitesten Kreisen unbekannter Bielschowsky, der mit seinem Instinkt für die neuen Aufgaben, die seiner harreten, in einem der Artikel, mit denen er debitierte, eine fastige Reklame für die Solidität der russischen Finanzen einschwarzte. Dieser liebevolle Schmeißel wurde ihm damals noch verleidet, so sehr er auch die gute Quelle für sein Kussenlob anpries.

Die „Volks-Zeitung“ lam auf den Bielschowsky, und Herr Cohn, der Millionär, sitzt trauernd mit seinen Aktien an den Wassern Babels.

schreibt nun der Polizei-Präsident an den Vereinsvorsitzenden, „daß sich der Verein der Lithographen, Steinbrücker und Berufsge nossen Deutschlands mit Rücksicht auf die Bestimmungen in § 2 seiner Statuten, sowie § 11 des geltenden Statuts, sowie des § 1 und der folgenden des Reichsstatuts, durch welche den Mitgliedern Rechtsschutz auf die Gewährung unentgeltlichen Rechtsschutzes in bestimmten Fällen eingeräumt sind, als Versicherungsanstalt im Sinne des preussischen Gesetzes vom 17. Mai 1883 darstellt und daß derselbe daher einer besonderen, durch den Herrn Minister des Innern zu ertheilenden staatlichen Genehmigung bedarf.“ Weiter wird dann die Aufforderung an den Vorstand gerichtet, binnen sechs Wochen bei Vermeidung der zwangsweisen Schließung der hiesigen Justizstellen des Vereins und bei Vermeidung der Einleitung strafgerichtlicher Verfolgung gegen die Vorstandsmitglieder des Vereins, sowie der hiesigen Justizstellen — aus § 300 a des Reichs-Strafgesetzbuches — den Nachweis zu führen, entweder, daß die erforderliche staatliche Genehmigung nachträglich nachgesucht ist, oder daß dem Verein durch entsprechende Abänderung der statutarischen und reglementarischen Bestimmungen der Versicherungs-Charakter genommen ist.“ — Selbstverständlich wird der Verein nicht um die staatliche Genehmigung nachsuchen, die ihn zu einer gesetzlich sanktionirten Versicherungsgesellschaft macht; er wird den Charakter einer Versicherungsgesellschaft, soweit er nach der Auslegung des Polizeipräsidenten vorhanden ist, durch entsprechende Aenderung seiner statutarischen Grundlage aufzuklären suchen. Und zwar geschieht das sehr leicht dadurch, daß man jede Verpflichtung des Vereins seinen Mitgliedern gegenüber in Bezug auf Rechtsschutzleistung aufhebt und ihnen nur die Möglichkeit des Rechtsschutzes beläßt. So muß es im § 11 in dem oben abgedruckten Satz nicht heißen, so hat, sondern so kann die betreffende Lokalverwaltung u. s. w. Dies Prinzip muß selbstverständlich in allen einschlägigen Bestimmungen gewahrt werden. Eigenthümlich ist, daß das Statut einer anderen Gewerkschaft, dessen Abdruck dasjenige der Vereinigung der Lithographen, Steinbrücker und Berufsge nossen Deutschlands ist, nicht beanstandet wurde.

Ganz neue Gesichtspunkte bringt ein Leser der frommen „Kreuz-Zeitung“ in die in diesem Blatte seit einiger Zeit entfaltete Diskussion über die Verlegung des „Luz- und Weltages.“ Derselbe führt an, daß derselbe nicht auf den Herbst verlegt werden dürfe, sondern wie bisher im Frühjahr stattfinden müsse, maßgebend für diesen Vorschlag sind ihm dabei folgende Erwägungen:

„Unser Landes-Buß“ ist doch auch zugleich als ein Landes-Wein gelehrt worden, an welchem neben anderem auch gebetet wird, und Gott gebe recht erfrischend und innig, um geistliches Wetter und Fruchtbarkeit der Erde, also daß die Ernte gerathen möge.“

Darum muß also nach unserem Wiedermann Jedermann im Frühjahr in sich gehen und in Saft und Asche Ruhe thun, ansonsten es im Herbst ja schon zu spät sein dürfte. Das ist eigentlich eine sehr weise, gottgefällige Erwägung, die entschieden Berücksichtigung verdient. Und scheint dieser Punkt sehr wohl geeignet für die Herren Wadelsträmpfer, die Goldschmidt und Konsorten, denen das Wohl dieses heiligen Tages ja so sehr am Herzen zu liegen scheint.

Im Uebrigen scheinen auch wirklich die sogenannten Deutsch-Freisinnigen sich zu den Hauptverfechtern der Kirchengläubigkeit und der Religion, welche dem Volk erhalten bleiben muß, ausbilden zu wollen. Das beweist ihr energisches Eintreten für die im Herbst hier in Berlin stattfindenden Kirchenwahlen. Ihre Hauptführer, und selbst solche, die bisher noch im Geruche standen, etwas Liberalismus zu besitzen, sind jetzt die tapferen Agitatoren für die Wiedererweckung des Kirchensinns unter den Massen. Früher einmal war das doch anders, da waren die linksstehenden bürgerlichen Parteien auf religiösem Gebiet wenigstens freidenkend, heutigen Tages suchen sie stark in Frömmigkeit zu machen, in Nachahmung der Aristokratie, welche schon einige Jahrzehnte früher zu diesem Hilfsmittel, die Aufzucht des Volkes einzudämmen, gegriffen hat. Die Zeiten ändern sich eben.

Die Theiler unter sich. Mit großer pharisäischer sittenlicher Entrüstung bringen fromme konservative Zeitungen folgenden Vorfall zur Sprache:

„Ein der Millionenbauern bediente sich kürzlich eines Unterhändlers, um ein etwa vier Morgen großes Pausland in der Gegend der zu erbauenden neuen Schöneberger Kirche und des neuen West-Gymnasiums westlich der Grunewaldstraße zu verkaufen. Der Unterhändler schaffte auch einen Käufer herbei, der die Kaufsumme von 108 000 Mark zu zahlen sich erbot, womit der Verkäufer sich befriedigt erklärte, den Abschluß des Geschäftes aber gänzlich dem Unterhändler überließ. Dieser wußte das Geschäft so schnell zu schließen, daß er das Land nicht an jenen Käufer übergab, sondern es im eigenen Namen für den Preis von 210 000 Mark an einen anderen Käufer ausließ. Der bisherige Eigentümer hat für sein Land ein Kaufgeld von 108 000 Mark erhalten, der geriebene Vermittler aber bei dem Geschäft ohne einen Pfennig Auslagen zu haben einen reinen Verdienst von 107 000 Mark erzielt.“

Man viel mehr Auslagen werden jene Millionenbauern in der Umgegend Berlins wohl auch nicht zur „Begründung“ ihrer Reichthümer gehabt haben. Was uns hierbei interessiert, ist der Beweis, in welcher Weise durch den Grundstückswucher, den „geseligen“, die Wohnungspreise in die Höhe geschneit werden. Und geht das Pausland noch durch mehr „Hände“, so dürfte es noch auf einen ganz anderen Preis gebracht werden, Jeder will dabei etwas „verdienen“. Daher wird eben der Raub „redlich“ getheilt. Die Kosten des Vergnügens zahlen ja schließlich doch die Mieter. Bewundern muß man nur das Raffinement, mit welchem solche Ausplünderungen vollführt werden; dabei mißgönnt ein Räuber dem anderen aber seinen Beuteanteil am Raub.

Vom Risiko der Arbeit. Lebendig begraben durch Erdmassen wurde gestern ein bei den neuen Straßenarbeiten in der Villenkolonie Grunewald beschäftigter Arbeiter. Die neuen Straßenanlagen in dem noch bebauungsfähig zu gestaltenden Villenterrain erfordern umfangreiche Ausschachtungs- bzw. Böschungsarbeiten. Zahlreiche Fuhrwerke waren gestern mit dem Herausschaffen der nöthigen Erdmassen beschäftigt. Der Kutscher H. war ebenfalls mit einer Ladung Erde herangefahren, da aber der Wagen noch nicht recht passend stand, trieb er, auf der „Wasserspur“ der Erdmassen stehend, die Pferde noch etwas an. Die Pferde zogen nun den Wagen so dicht heran, daß das obere Erdreich nachließ und das ganze schwer beladene Fuhrwerk, den Kutscher unter sich begrabend, den Abhang herabstürzte. Kolossale Erdmassen stürzten nach. Der Unfall ereignete sich so plötzlich, daß man zunächst gar nicht ahnte, daß der Kutscher mit unter den Erdmassen begraben sei. Es wurde sofort Anstalten getroffen, die um sich Schlagenden und in die Stränge verwickelten, halb verschütteten Thiere freizumachen, während man sich gleichzeitig schleunigst an die Ausgrabung des Verschütteten machte. Nach einigen Minuten fand man denselben todt; die Hände waren krampfhaft geballt, das Gesicht vergerth, die Mundhöhle war voll Erde, die Lippen durchgebissen. Angestellte Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos, und ein herbeigeholter Arzt konnte nur den Tod des Kutschers konstatiren. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß schwere innere Verletzungen mit eingewirkt haben. Der noch nicht 43jährige Mann hinterläßt Frau und drei im Alter von 3—7 Jahren lebende Kinder.

Ein Genie auf dem Gebiet des Schwindels ist der Kommissar Bruno Tiedler, welcher bis April v. J. bei der Firma R. und G. bedienstet war. Er wußte, daß sein Haus in Geschäftsverbindung mit der hiesigen Firma L. stand und benutzte dies, um am 6., 8. und 9. d. M. raffinierte Betrügereien zu verüben. Er bestellte im Auftrag von R. und G. mittelst Telephon an jedem dieser Tage 2 Stück Sammet zu je 120 M. schickte

einen Buchen mit gefälltem Besenstiel zu L., um die Waaren zu holen. Die beiden ersten Male erhielt der Bote anstandslos den Sammet, doch wurde ihm am 9. d. M. mitgeteilt, daß die Waare bereits abgeschickt worden sei. Als L. dies erfuhr, beschloß er die Fälschung, auf den Namen E. einen Schein des Inhabers zu fälschen, daß der Sammet irrthümlich an A. u. G. gesandt sei, und man um Rückgabe desselben bitte. Da R. und G. nichts bestell hatten, so händigte sie dem Ueberbringer des Zettels die Waare aus, und L. hat die erscheinendsten 8 Stücke für 180 M. verpfändet. Er ist verhaftet worden.

**Beim Angeln ertrunken.** Am Mittwoch Nachmittag in der fünften Stunde fuhren zwei Knaben im Alter von 12 und 13 Jahren mit einem Handboot, den sie sich von einem Schiffer gebohrt hatten, von der Steinablage am Bangen See den Verbindungsanal hinauf, um hinter der großen Kruppe zu angeln. Sie banden deshalb am Ankunftsart ihr Boot an einen Baum und stiegen auf das im Wasser liegende Floßholz, um die Angeln besser auswerfen zu können. Der eine der Knaben, welcher die Angelstelle mit seiner kurzen Angel nicht erreichte, bog sich dabei um besser dazugelangen zu können, indem er die linke Hand an einem Weidenast festhielt, vornüber. In demselben Augenblick brach aber der Ast ab und der waghalsige Knabe schoß vor den Augen seines hilflos dahinschwimmenden Kameraden kopfüber ins Wasser. Leider war keine Hilfe in der Nähe, und so mußte der leichtsinnige Knabe, der bereits unter das Floßholz gerathen war, seine Wahnsinnigkeit mit dem Leben bezahlen und seinen Tod in den Wellen finden. Der Ertrunkene ist der einzige Sohn eines Pflanzarbeiters aus Wilow und hielt sich bei Verwandten in Friedrichsberg auf.

**Angriff auf einen Kriminal-Schumann.** Als der Kriminal-Schumann W. in der Nacht vom 9. zum 10. Juni um 3/4 Uhr die Stralauerstraße passirte, wurde er von einem ihm unbekanntem Manne zur Seite gestoßen. Als W. sich gegen den Angreifer wandte, handelte dieser ihm bereits mit geöffnetem Gewissensfänger gegenüber. W. schlug ihm die Waffe mit seinem Schwerte aus der Hand, so daß es ihm gelang, den Messerhelden nach kurzem Widerstand festzunehmen. Der Verhaftete legitimirte sich auf der Wache als Buchhalter C., Schillingstraße wohnhaft. Die Untersuchung dürfte ergeben, ob ein Raubact gegen den Beamten vorliegt.

**Das Hinwerfen von Obst- und Gemüseerben auf den Bürgersteig** hat schon wieder ein Opfer geordert. Am Mittwoch Vormittag befand sich die bereits 70 Jahre alte Wittwe Red beim Einholen auf der Straße, als sie plötzlich zu Falle kam und sich nicht wieder erhob. Zu Hilfe eilende Passanten erkannten, daß die greise Frau, die unversehens auf einen Gemüseball getreten war, sich den linken Arm aus dem Schultergelenk gefallen hatte.

Die Obstbäume haben abgeduldet und, soweit sie einigermaßen geschützt stehen, auch befriedigenden Fruchtansatz gezeitigt. Wie dieses Frühjahr überhaupt eine sehr blüthenreiche genannt werden kann, so waren auch die Obstbäume über und über mit Blüten bedeckt, namentlich Kirsch- und edle Birnen. Die jungen Obstbäume müssen jetzt fleißig auf Raupen nachgesehen werden; da ist so ein kleines schwarzbraunes 1/2 Zoll langes Hauptentwischen, das sich die Spitzen der jungen Blätter gut schmecken läßt, aber auch die älteren Blätter nicht verschont. Sind viele Blätter dünnmächtig zusammengerollt, so kann man sicher sein, solche schwarzbraune Raupen in Menge zu finden. Man sammle nun die Raupen nicht etwa einzeln ab und trete sie todt, wie dies so allgemein üblich ist, sondern schneide die Spitzen der Zweige mit der ganzen jungen Raupenbrut ab und dann damit ins Feuer. Beim Abfammeln würde doch eine und die andere Raupe herunterfallen, die dann ungestört ihr Herfürsorgevermögen nach kurzer Zeit wieder forsetzen würde. Derselbe anhaltend trockene Wetter, so ist es, besonders bei jungen Obstbäumen, für die reisenden Früchte ganz notwendig, daß die Bäume fleißig begossen werden, es tritt sonst gar zu leicht der Fall ein, daß das Obst well vom Baume fällt oder „nathreit“ wird. Letztere Erscheinung ist besonders beim Strauchobst häufig, daher auch dieses öfter gründlich, nachdem die Beeren angehängt haben, zu begießen ist. Endlich sind auch des öfteren die sog. „Wasserreiser“ zu entfernen. Es sind dies diejenigen gellen Triebe, welche aus dem Stamm und den Aesten hervorwachsen und nur dem Baume und den Früchten eine Unmenge Kräfte wegfangen, daher immer und immer wieder befeitigt werden müssen. Dasselbe gilt von den am Fußende des Obstbaumes und Strauches herauswachsenden Wurzelschösslingen.

**Polizeibericht.** Am 10. d. M. Vormittags stürzte die vierjährige Frieda Müller aus dem Fenster der im zweiten Stock des Hauses Reindendorferstraße 43A belegenen Wohnung ihrer Eltern auf den Bürgersteig hinab und erlitt einen Schädelbruch, so daß sie nach einem Krankenhause gebracht werden mußte. — Mittags wurde ein Mann in seiner Wohnung in der Grenadierstraße 12 mit geöffneten Pulsadern an beiden Handgelenken aufgefunden und noch lebend nach dem Krankenhause am Friedrichsbain gebracht. — In einem Hotel wurden zu derselben Zeit ein Mann und ein junges Mädchen erschossen vorgefunden. — Nachmittags fand in der Markgrafenstraße 87 ein kleiner Brand statt.

## Gerichts-Beitrag.

Die Frage, ob Konsumvereine, welche ihren Mitgliedern Spirituosen in kleinen Quantitäten verkaufen und auch im Lokale zum Ausschank feil halten, hierzu der Schankkonzession bedürfen, und auch Gewerbesteuer dafür zu zahlen haben, unterlag gestern der Entscheidung der I. Strafkammer des Landgerichts II. Der Konsumverein zu Witten hatte im Laufe der letzten Monate einen Branntweinverkauf und Ausschank eingerichtet, ohne ein Gesuch um Konzessionierung, oder auch nur die Anmeldung desselben an die zuständige Behörde zu bewirken. Dem Verkäufer sowie dem Leiter des Vereins, den Herren Gregowsky und Krause, wurde ein Strafmandat in Höhe von je 86 M. für diese Unterlassungsbüßende zugestellt. Sie legten Berufung ein, wurden jedoch von dem Schöffengericht zu Spandau abgewiesen. Auch hiergegen wurde appellirt und das Landgericht erkannte in der gestrigen Verhandlung, daß das Urtheil des Schöffengerichts zu verwerfen und die Angeklagten kostenlos freizusprechen sind aus folgenden Gründen, die mit der Ansicht des Verteidigers übereinstimmen:

Zur Zahlung von Gewerbesteuer kann nur ein Geschäftstreibender verpflichtet werden, welcher sein Geschäft zum Zweck des Gelderwerbes betreibt. Der Konsumverein aber habe nur den Zweck, seinen Mitgliedern billige und gute, also preiswerthe Waaren zu verschaffen und der Betrieb zum Zweck des Gelderwerbes sei hierbei ausgeschlossen. Wenn auch vom ersten Richter und von der königlichen Staatsanwaltschaft eingewendet werde, daß der Verein für den Betrieb seines Materialwaaren-Geschäftes Gewerbesteuer zahle, so stelle sich das Landgericht auf den Standpunkt der Verteidigung, daß eben diese Gewerbesteuer auch nicht zu zahlen sei. Und wenn das Obertribunal in einem Falle entgegengeleitete Ansicht gewesen sei, so sei dies aus dem Umstande entnommen, daß der damals in Frage stehende Verein auch an Nichtmitgliedern seine Waaren verkauft habe. Dies sei im vorliegenden Falle nicht erwiesen und müsse daher kostenlos Freisprechung erfolgen.

Für den Kleinhandel mit Branntwein von großer Wichtigkeit ist nachstehende Entscheidung der zweiten Strafkammer des Landgerichts II. Der Kaufmann Wih. Münchow aus

Straußberg war vom Schöffengericht zu Straußberg von einer Anklage wegen Gewerbesteuer-Kontravention freigesprochen worden. Münchow war beschuldigt, im Juni und Juli 1889 an verschiedene Kunden Branntwein verkauft zu haben, ohne die dazu gehörige Konzession zu besitzen und Gewerbesteuer zu zahlen. Es ist thatsächlich nachgewiesen, daß Münchow nicht nur in den gedachten Monaten, sondern sogar noch öfter Branntwein in kleinen Quantitäten feilgehalten hat. Das Schöffengericht nahm aber an, daß, da Münchow im Januar 1890 vom Landgericht II zu Berlin wegen einiger vorher begangener Uebertretungen genau derselben Art bestraft worden war, eine Bestrafung nicht eintreten könne. Begründet wird diese Ansicht damit, daß eine Gewerbesteuer-Kontravention der bezeichneten Art nicht in den Verlauf einer einzelnen kleinen Quantität Branntwein gesucht werden könne, sich vielmehr aus dem fortgesetzten Verkauf kleiner Quantitäten zusammensetze. Dieser aber sei im Januar 1890 bestraft, mithin fallen die inkriminirten Handlungen noch in die bereits bestrafte Periode, sind also schon mit bestraft.

Gegen dieses Erkenntniß hatte der Rechtsanwalt Berufung eingelegt. Er ist, und mit ihm der Staatsanwalt beim Landgericht II, der Meinung, daß wenn einmal eine Anzeige erstattet, und das Verfahren eingeleitet sei, auf eine zweite Anzeige und wenn es sich dabei auch nur um für 5 Pfg. Schnaps handle, doch darin eine neue Strathat liege, welche besonders bestraft werden könne. Dies schließt ja nicht aus, daß auch bei einer Anzeige mehrere vorher bereits begangene Strathaten unter eine Strafe fallen können. Das Landgericht schließt sich jedoch den Ausführungen des ersten Richters an, und erkennt auf Freisprechung, trotzdem nachgewiesener Maßen noch im Januar 1890 die Uebertretungen stattgefunden haben, da nicht nachgewiesen sei, daß dies nach der erfolgten Beurteilung geschehen sei, und alles was vor derselben geschieht, als nur eine Strathat angesehen werden kann.

**Ankündigung zum Meineide** wurde dem Rentier Heinrich Blasig zur Last gelegt, welcher gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I stand. Der Bauherr Schulze hatte im Jahre 1888 seinen Verpflichtungen nicht nachkommen können, die Handwerker hatten von ihren Forderungen etwas herunterlassen müssen, sich aber damit einverstanden erklärt und Bescheinigungen unterschrieben, daß sie sich für befriedigt hielten und keine weiteren Ansprüche mehr erheben wollten. Es folgte ein Abkommen mit dem Zöpfermeister Henning getroffen worden. Ein Theil der Lieferanten hatte aber bereits frühere Forderungen an Schulze hypothetisch eintragen lassen und diese Forderungen wurden später im Prozeßwege geltend gemacht. Nun erhob Schulze den Einwand, daß jene Abmachung sich nicht nur auf seine damaligen Verbindlichkeiten, sondern auch auf die Hypothekenforderungen bezogen hätten. Darüber sollte der Zöpfermeister Henning als Zeuge vernommen werden. Nach der Anklage soll Blasig im Interesse des Schulze, der ihm dafür eine Belohnung von mehreren Tausend Mark versprochen hatte, in unerlaubter Weise auf Henning eingewirkt haben, um diesen zu einer falschen Aussage zu verleiten. Der Zeuge Henning bezeugte im gestrigen Termine, daß der Angeklagte ihn zunächst schriftlich eingeladen habe, ihn zu besuchen, sie könnten beide ein großes Stück verdienen. Dann habe der Angeklagte ihm zugemuthet, er solle in der Prozeßsache gegen Schulze ansagen, daß er über die Art der früheren Abmachung nichts mehr wisse, er sei ein alter Mann und leide an Gedächtnisschwäche. Wenn er, Henning, diese Aussage gemacht hätte, so sei sie eine wissenschaftlich falsche gewesen, denn er habe seinen Nevers nur für diejenigen Forderungen ausgestellt, die er aus den letzten Bauten an Schulze hatte.

Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten auf Grund der Beweisaufnahme für überführt, er beantragte gegen denselben eine Zuchthausstrafe von anderthalb Jahren. Der Gerichtshof hielt das vorliegende Beweismaterial aber nicht für ausreichend, sondern beschloß die Verlegung zwecks Vernehmung neuer Zeugen.

Der Angeklagte wurde aber in Untersuchungshaft genommen.

Als ein Opfer der Zahnschmerzen stellte sich gestern der Komtoirdiener Dähnle dem hiesigen Schöffengericht vor. Derselbe war eines Betruges gegen die Ortskrankenkasse der Photographen beschuldigt. Er hatte eines Tages furchtbare Zahnschmerzen und da bei dem Photographen, der ihn beschäftigte, auch ein junger, der Ortskrankenkasse angehöriger Mann angeheilt war, so ließ er sich auf dessen Namen einen Krankenschein ausstellen, ließ damit zu dem Krankensassenarzt und ließ gratis den kranken Zahn ausziehen. Die Ortskrankenkasse ist auf diesen nicht mehr ungewöhnlichen Wege um den Betrag von 2 M. geschädigt worden. Die helle Freude des Angeklagten, auf so wohlfeile Weise den Seldrer seiner nächtlichen Ruhe los geworden zu sein, dauerte nicht lange, denn die Anklage wegen Betruges folgte bald hinterher. Der Angeklagte war durchaus geständig, führte aber seine unglücklich großen Zahnschmerzen als Milderungsgrund ins Feld. Er versicherte, daß er wie ein Bohrenmischer herumgelaufen sei und am liebsten mit dem Kopf durch die Wand gerannt wäre. Wenn ihm Jemand gesagt hätte, er solle ins Wasser springen, so würde er es auch gethan haben. Wäre er es gar nicht mehr habe aushalten können, sei ihm gerathen worden, doch schleunigst einmal zum Rassenarzt zu gehen, welcher ihm die hinterlistigsten Zähne „sanft und glatt“ ziehe. Diesen Rath habe er für einen Wink des Himmels betrachtet und da er der Meinung gewesen sei, daß es sowohl der Ortskrankenkasse, als auch unter Kameraden ganz egal sein könne, wer die Zahnschmerzen habe, so habe er in der Verzweiflung zu dem Mittel gegriffen, welches ihn auf die Anklagebank gebracht, da ihn außer heftigen Zahnschmerzen auch noch eine große Ebbe im Portemonnaie plagte. Das Schöffengericht hatte Verständnis für die Qualen des Angeklagten und verurtheilte denselben nur zu 6 M. Geldbuße event. ein Tag Haft.

## Arbeiterbewegung.

Aus Bremen versendet Wolff's Telegraphenbureau folgendes Sensationstelegramm:

Anfolge des Streiks der Peizer und Kohlenzieher des Norddeutschen Lloyd fanden gestern Abend in Bremerhaven vor der Agentur des Lloyd und der Wohnung des Bürgermeisters in der Schmidtstraße ernstere Ruhestörungen statt, so daß die Schutzmannschaft mit gezogenem Säbel einschreiten mußte. Die Menge zerstreute sich erst um 11 Uhr Nachts, nachdem die Schutzmannschaft aus Behe und Geesemünde verdrängt worden war und die städtische Feuerwehr mit der Dampfprisse unter die Menge gespritzt hatte. Zwei Schutzleute wurden verletzt.

Ganz so schlimm wird es wohl nicht gewesen sein. Die Wahrheitsliebe der Telegraphenbureaus ist ja bekannt.

**London, 11. Juni.** Die Schrifteher beschlossen, nachdem 100 000 Gulden von dem Ausstands-fonds verbraucht worden sind, heute die Arbeit wieder aufzunehmen.

**London, 11. Juni.** Der Omnibusstreik ist nicht, wie wir gestern nach einer Depesche des Period meldeten, zu Ende, sein Stand ist vielmehr unverändert. Die beiden Kompagnien sowie die Bediensteten bleiben bei ihrer Stellungnahme. Gestern wurden keine Versuche gemacht, Omnibusse verkehren zu lassen; am Abend fanden Meetings der Bediensteten statt, die einen lebhaften Verlauf nahmen; heute treten die Direktoren wiederum zu einer Besprechung zusammen.

**London, 11. Juni.** Die Direktoren der beiden Londoner Omnibusgesellschaften beschloßen in einer heutigen Konferenz, fernere Unterhandlungen mit dem Streikkomitee abzulehnen, da sie in ihren Konzeptionen nicht weiter gehen wollten, als sie in ihrem Manifest vom 8. Juni erklärt hätten.

## Verfammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Dienstag, den 9. d. M., eine Versammlung im „Südost“ statt mit der Tagesordnung: 1. Worin hat der Niedergang der Wissenschaft in Deutschland seinen Grund? Referent: Herr Dr. Vötgen u. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes und Protokolle. Der Referent zeigt zunächst die Abhängigkeit der Wissenschaft vom Kapital. Mit der manufakturmäßigen Theilung der Arbeit und vollständig in der großen Industrie konzentriert sich die geistige Produktivkraft auf einer Seite (im Kapital), während sie auf vielen Seiten (bei den vielen Theilarbeitern) verstreut bleibt. Sie tritt dem Arbeiter als fremdes Eigentum und beherrschende Macht gegenüber, anders als beim selbständigen Handwerker oder Bauern. Der Kapitalist eignet sich die Wissenschaft kapitalistisch an, ohne daß er sie zu bezahlen und zu begreifen braucht. Auch die gelehrten Beamten des Staats stehen zuletzt nur im Dienste des Unternehmertums. Die staatsliche Bildungsanstalten und der offizielle Wissenschaftsbetrieb thun diese Abhängigkeit und den Niedergang der offiziellen Wissenschaft wie des geistigen Lebens in der Bourgeoisie dar. Referent führte als den Nationalökonom des Kapitalismus Schmoller, als seinen Philosophen Nietzsche vor und bekämpfte die Ansicht, welche für den geistigen Niedergang allein die Vera Wismarck verantwortlich macht, also Ursache und Erscheinung verwechselt. Der Sozialismus gestaltet eine neue Wissenschaft, wirkt auch die Encyclopädie der Wissenschaften um. Die Träger des neuen geistigen Lebens sind die Arbeiter. Die Diskussion zeitigte zunächst einen lehrreichen Meinungsaustausch zwischen Genossen Robert Schmidt und dem Referenten; an derselben beteiligten sich außerdem Neuhaus und Hoffmann. Unter „Vereinsangelegenheiten“ und „Verschiedenes“ behandelten der Vorsitzende Grundmann und Genossen Hubert und Engler mehrere Punkte. Ferner wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Der erfolglose Majestätsbeleidigungs-Prozeß gegen Genossen Dr. Vötgenau, welcher durch den Umstand veranlaßt wurde, daß der überwachende Beamte die Ausführungen nicht richtig aufzufassen vermochte und „sozial“ mit „sozialistisch“ für gleichbedeutend hielt, veranlaßt den sozialdemokratischen Wahlverein für den 4. Berliner Wahlkreis zu einem Protest gegen die übliche Handhabung der Ueberwachung und zu der Forderung voller Vereins- und Versammlungs-freiheit, also Abschaffung aller Vereinsgesetze.“

Zu einer gutbesuchten öffentlichen Schuhmacherverfammlang, die am Montag unter Vorsitz des Kollegen Menzel stattfand, sprach Genosse W. Werner über Laffalle und die Sozialdemokratie. Schon der Vortragende nahm Bezug auf eine Rede, die der Abg. Vollmar kürzlich in München gehalten hat und wendete sich gegen die Anschauungen, die in derselben über die angeblich nächsten Aufgaben unserer Partei zum Ausdruck gekommen waren. In der Debatte, an welcher sich die Kollegen R. Wagnitz, Menzel, Fischer, Niederauer, Jenicke, Fleischer und Brandt beteiligten, wurde diese Kritik fortgesetzt und führte zur einstimmigen Annahme einer Resolution, welche diese Anschauungen als unsozialistisch erklärt und Vollmar das Recht abspricht, fernerhin die Interessen des Proletariats zu vertreten.

Obwohl wir zugeben müssen, daß die über die Vollmarsche Rede in Umlauf gesetzte Berichte — auch der in der „Münchener Post“ nicht ausgenommen — manche Stelle enthalten, aber welche man vom Parteistandpunkt aus sehr verschiedener Meinung sein kann, so scheint uns die Resolution doch ein durchaus unangebrachter und überreifer Schritt zu sein, gegen den wir uns schon im Interesse der Parteidisziplin auf das Entschiedenste zu verwahren haben.

Zunächst ist es in diesem Falle Sache der Münchener Genossen, nicht einer zufällig zusammen getretenen Berliner Gewerkschaftsversammlung, wenn erstere es für notwendig und durch den Sachverhalt geboten erachten, die geeigneten Schritte zu thun. In dieser Hinsicht können wir auch konstatiren, daß die vielberufenen Aeußerungen des Genossen Vollmar, in denen wir übrigens einen Vorstoß gegen das Parteiprogramm nicht zu erblicken vermögen — in unserem Münchener Parteiorgan bereits Widerspruch gefunden haben.

Die Rede Vollmars zeichnet sich aus durch eine Fülle von Optimismus und Opportunismus, daß wir wohl verstehen können, wenn weniger hoffnungsfreudig gestimmte Genossen davon Anstoß nehmen. Aber von dieser Ablehnung der Vollmarschen Auffassung bis zum Vorwurf der Programmverletzung ist doch noch ein weiter Weg, und deshalb erscheinen uns die Genossen in der vorerwähnten Versammlung doch etwas gar zu rasch fertig mit Wort und Urtheil gewesen zu sein.

Uebrigens dürfte die Art, wie die gegnerische Presse die Rede unseres Genossen Vollmar angegriffen hat, denselben bereits belehrt haben, daß er falsche Saiten angeschlagen hat. Nicht genug, daß das „Berliner Tageblatt“ — dieses schamlos alle sozialistenfresserischen Organe, sich zu einem Lob an Vollmar aufgeschwungen hat, der „Pfälzer Courier“ feiert ihn sogar als einen „neuen Laffalle, der in Wahrheit eine nationale deutsche Arbeiterpartei gründen wolle“.

Wir dächten, das ist für einen Sozialdemokraten gerade Strafe genug.

Eine große Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung tagte am 9. d. M. unter Leitung von Herrn Pfeiffer und Frau Schulte im Joll'schen Saale. Der Vertrauensmann für Berlin und die Provinz Brandenburg, Herr Timm, referirte zunächst über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Die geplante Konferenz in der Konfektionsbranche und das Verhalten der „Fachszeitung für Schneider“ und der Braunschweiger und Hamburger Kollegen.“ Nach einem Ueberblick über die bisherige Thätigkeit der Agitations-Kommission der Schneider- und Schneiderinnen Berlins zur Besserung der Verhältnisse im Schneidergewerbe, die in vielen vorhergegangenen Versammlungen zu Tage getreten ist, kam Redner auf die Konferenz der Konfektionsarbeiter Deutschlands zu sprechen, die einberufen der Agitations-Kommission übertragen worden war. Derselbe war ursprünglich für die Pfingstfeiertage projektiert, wurde aber sodann für acht Tage später, und zwar für Berlin in Aussicht genommen. Gegen diese Konferenz nahmen zuerst die Braunschweiger Kollegen Stellung durch Fassung einer Resolution, in welcher von einer Konferenz der Konfektionsarbeiter nichts Erwünschtes erwartet, vielmehr den Konfektionsarbeitern der Rath ertheilt wird, sich zu organisiren behufs Besserung ihrer traurigen Lage. In ähnlicher Weise nahmen die Hamburger Kollegen gegen die Konferenz Stellung durch Annahme einer Resolution, welche auch die „Fachszeitung der Schneider“ zu der ihrigen gemacht hat. Dieses Verhalten veranlaßte den Referenten zu einer längeren Polemik gegen die Fachzeitung, und gab derselbe bekannt, daß die Konferenz dennoch stattfinden werde, um über Mittel und Wege zu berathen, wie die Lage der Konfektionsarbeiter zu heben sei, welche der Redner sehr eingehend beleuchtete. Unter dem lebhaften Beifall der Anwesenden empfahl Redner diesen, die Agitationskommission in ihren Bestrebungen zu unterstützen. Herr Wiese mann legte das Hauptgewicht auf den Arbeitsnachweis zur Besserung der Lage der Konfektionsarbeiter und sprach sich gegen die Konferenz aus. Herr Henschel wünschte Vermeidung der Zwischenmeister

und regte die Gründung einer Genossenschaft an. Alle derartigen Rathschläge hielt Herr Läterow nicht mehr für neu, sondern für schon dagewesen. Des Weiteren sprach sich Redner sehr warm für die Konferenz aus und kritisierte die Sachzeitung in ihrem Verhalten gegen die Agitationskommission. Zu derselben Angelegenheit nahmen noch das Wort die Herren Schulz, Kullik, Frau Bengels, Frau Gubela, Kroll, Pfeiffer, welche sich alle mit der bisherigen Thätigkeit der Agitationskommission einverstanden und für die Einberufung der Konferenz erklärten. Nach einem Schlussworte des Referenten gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heute im Jöckischen Lokale tagende öffentliche Versammlung der Schneider und Schneiderinnen Berlins erkennt vollständig an, daß in unserem Gewerbe infolge der Entwicklung der Technik sich die Produktion auf handwerklicher Basis nicht erhalten läßt, sondern daß der Großproduktion die Zukunft gehört. Als erste Vorbedingung dieser Entwicklung ist notwendig, daß alle Arbeiter, namentlich diejenigen der Konfektion, für große Betriebswerkstätten mit geregelter Arbeitszeit, angemessenen Lohn u. s. w. Sorge tragen. Damit in dieser Beziehung eine Besserung der Lage der Konfektionsarbeiter eintritt, ist es notwendig, daß eine Befreiung der Arbeiter der maßgebenden Konfektionsorte erfolgt, um über praktische Mittel zu beraten. Deswegen spricht die Versammlung dem Geschäftsführer der Vertrauensleute ihre volle Sympathie aus darin, daß dem Beschlusse der im Januar bei Feuerstein getagten Versammlung Rechnung getragen und die Einberufung der Konferenz in Aussicht gestellt ist. In Anbetracht der Thatsache, daß die Sachzeitung der Schneider sich in dieser Frage nicht passiv verhält, vielmehr die Resolution der Hamburger Kollegen durch Fettdruck derselben zu der ihrigen macht, wird verlangt, daß die Redaktion sich mit der Untersuchung dieser Zustände mehr befaßt und dadurch zur allgemeinen Klarheit beiträgt. Ferner spricht die heutige Versammlung ihr Befremden über die Stellung der Hamburger und Braunschweiger Kollegen gegenüber dieser Frage aus und erklärt die Konferenz der Konfektionsarbeiter für einen praktischen Weg, der durch die augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse geboten ist, um eine Vesserstellung unserer Berufsgenossen zu ermöglichen.“ — Bei der Abstimmung über diese Resolution, welche gleichzeitig der Agitationskommission für ihre bisherige Thätigkeit ein Vertrauensvotum ausstellt, enthielt sich Herr Wiesemann, wie auf dessen besonderen Wunsch hier ausdrücklich hervorgehoben sein mag, der Stimmabgabe. — Gegenüber der von Herrn Wiesemann so stark betonten Nothwendigkeit eines Arbeitsnachweises, nahm Herr Pfeiffer Gelegenheit, mitzutheilen, daß vom 1. Juli d. J. ab sich Marzgrafstr. 88 der Arbeitsnachweis und das Berathungslokal, wie auch das Bureau der freien Hilfskasse sich befinden werden. —

Ramens der Delegierten zur Streik-Kontrollkommission berichtete Herr Läterow in kurzen Zügen über diese Kommission und beantragte folgende Resolution: „Die am 9. Juni 1891 im Lokale Andreasstraße 21 versammelten Schneider und Schneiderinnen Berlins erklären, der Berliner Streik-Kontrollkommission bis auf Weiteres angehören zu wollen, wenn auch durch die Schaffung der Generalkommission, insbesondere durch die Sonderstellung der Berliner Bauhandwerker, diese Institution in Frage gestellt ist. Die dauernde Sammlung zu einem Unterstützungsfonds erachten sie für eine verfehlte Maßnahme und für unser Gewerbe und unsere Organisation als undurchführbar; halten hingegen bei außerordentlichen Umständen eine vorübergehende Sammlung für geboten.“ Da Herr Kreisemann aus der Agitationskommission ausgetreten ist, und Herr Kraft aus derselben ausgeschlossen werden mußte, so war eine Ersatzwahl erforderlich und wurde die Agitationskommission ergänzt durch die Herren Gerwin und Mühs.

Es folgten zum Schlusse verschiedene Mittheilungen, unter denen besonders eine solche des Herrn Wiesemann zu erwähnen ist, da dieselbe lebhaften Protest seitens der Versammlung hervorrief. Herr Wiesemann theilte mit, daß, von ihm einberufen, am 15. d. M. eine Versammlung der Tagesschneider stattfinden werde, worauf ihm erklärt wurde, daß nur die Agitationskommission bezw. der Vertrauensmann berechtigt seien, öffentliche Versammlungen einzuberufen, daß überdies für diesen Tag eine Verbandsversammlung geplant sei. Das Bureau wurde demnach beauftragt resp. ermächtigt, falls eine Einladung zu der Wiesemann'schen Versammlung erscheinen sollte, eine Gegenerklärung zu erlassen. Mit einem dreifachen Hoch auf die deutsche Schneiderbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

**Russkifinstruments-Arbeiter.** Der Fachverein der Russkifinstruments-Arbeiter hielt am 6. Juni seine Mitgliederversammlung ab. Herr Dr. med. Bernstein referirte über „Die Schwindtsucht und ihre moderne Heilmethode.“ An der Diskussion beteiligten sich eine Anzahl Redner. Kollege Sparfeld führte unter anderem aus, daß es eine Hauptaufgabe der Behörde sein müßte, alle Vorlesungen zu treffen, um diese Krankheit nicht immer verheerender zu machen. Was nütze es aber, wenn Plakate an die Fabrikanten verschickt werden und in den Arbeitsräumen kleben; Niemand kümmert sich darum, ob Spandöpfe angebracht worden, ob die Arbeitsräume genügend Licht und Luft u. s. w. haben. Der Fettel allein nütze gar nichts. Eigentlich sei es wunderbar, daß nicht die Krankheit noch mehr Opfer fordere, wenn in Wohnräumen, wo tuberkulose Kranken gewohnt haben, andere Familien einzeln und leben müssen, ohne daß dieselben genügend kontrollirt und desinfizirt würden. Und in welchen stallartigen

Büchern müßten nicht Arbeiter wohnen, wo der Mensch krank werden müßte. Hier wäre ein ergiebiger Feld, wo die Behörden nützlich eingreifen könnten. Wenn aber fortwährend die Lebensmittelpreise zum Vortheil einiger Weniger und zum Nachtheil der großen Masse des Volkes in die Höhe gingen und die Arbeitsverhältnisse immer schlechter werden und es dem Armen nicht mehr möglich ist, sich gesund zu erhalten, wo soll da der Widerstand des Körpers gegen die Schwindtsucht herkommen? Es sprachen noch die Kollegen Ulbricht, Bloßis und Erve in diesem Sinne.

Alsdann theilte der Vorsitzende mit, daß Abonnementslisten zur „Urania“ bei dem Kassirer ausliegen und ersucht, da der Preis ein niedriger ist, die Kollegen sich daran zu beteiligen. Es werden noch einige Unterstützungsangelegenheiten erledigt.

**Der Fachverein der Lederarbeiter** hatte zum Sonnabend, den 6. Juni, eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, um zu einem endgiltigen Beschlusse zu kommen in der Frage: Schließen wir uns der geplanten Vereinigung verwandter Verufe an? Koll. Richter leitete die Diskussion ein und führte aus, daß die stärkste verwandte Branche, die Buchbinder, sich bereits ablehnend zu dieser geplanten Vereinigung verhalten hätte, und da man gewillt ist, die Frauen in der neu zu gründenden Vereinigung aufzunehmen, wodurch doch die Vereinsfreiheit noch wesentlich beschränkt würde und da ferner durch Anschluß unseres Vereins viele Kollegen der Vereinigung fern bleiben würden, so wäre ein Zusammenschluß unsererseits nicht vortheilhaft und die Beibehaltung unseres Fachvereins vorläufig wohl das Zweckmäßigste.

Redner sieht im Prinzip auf dem Boden der Zentralisation, glaubt aber, daß der Zeitpunkt, sich einer alle verwandten Branchen umfassenden Vereinigung anzuschließen, für unsere junge Vereinigung noch nicht gekommen sei, da durch den unter den Kollegen noch vielfach bestehenden Indifferentismus diese neue Vereinigung zu sehr beeinträchtigt werden würde. Dieraus kam folgende Resolution des Vorstandes zur Verlesung: In Erwägung: 1. daß infolge des Verhaltens der Buchbinder eine Gesamt-Vereinigung sämtlicher Branchen ausgeschlossen ist, 2. daß eine Vereinigung mit den Frauen für die Lederarbeiter unannehmbar ist, 3. und daß zu befürchten ist, daß ein großer Theil der Lederarbeiter im Falle eines Anschlusses an die übrigen Branchen, aus der Vereinigung auscheiden würde, beschließt die heutige Versammlung, die bestehende Vereinigung vorläufig beizubehalten und für möglichste Vergrößerung derselben nach Kräften zu agitiren.

Kollegen Heindl, Körbich und Andere erklärten sich für den Anschluß unseres Vereins, letzterer kritisirte den unter den Lederarbeitern sowie Buchbindern herrschenden Kostenegeist; wieder andere Kollegen sprachen sich aus den von Kollege Richter angeführten, sowie in der Resolution enthaltenen Gründen für Beibehaltung unseres Vereins aus. Kollege Marwitz (Buchbinder) führte die Vortheile der Zentralisation an, und wünscht, die Lederarbeiter mögen sich der Zentralisation der Buchbinder anschließen; auch bittet Redner den ersten Passus betreffs der Buchbinder umzuändern. Man glaubte aber in dem ersten Passus der Resolution das Verhalten der Buchbinder nicht getadelt zu haben und die Resolution des Vorstandes wurde angenommen.

Unter Vereinsangelegenheiten macht Kollege Wunsche auf den Arbeitsnachweis aufmerksam, welcher sich Louisenstr. 22, bei Sperling, befindet. Dann wurde bekannt, daß im Juli in Schmiedel's Festsälen das Stiftungsfest stattfindet und Billets demnächst zur Ausgabe gelangen; am Sonntag, den 14. Juni, findet eine Partie nach Gerner statt.

**Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.** Mitgliederversammlung am Dienstag, den 10. Juni, Abends 8½ Uhr, in den Armuthshäusern, Kommandantenstraße 20. Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Statutenberatung und Berichterstattung der mit der Abarbeitung der betreffenden Paragraphen zur Aufnahme der Frauen in unsere Kasse beauftragten Kommission, 2. Bericht des Vorstandes über die Generalversammlung, 3. Verschiedenes. Der wichtigste Tagesordnungspunkt wegen ist es dringend nöthig, daß sämtliche Mitglieder am Platze sind.

**Titel-4 der Allgemeinen und Zentral-Franken- und Strebekasse der Metallarbeiter** (S. 6. 29 und 29, Hamburg). Versammlung am Sonntag, den 13. Juni, Abends 8 Uhr, bei Volkmann, Endroßstr. 26. Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Wahl der gesammten Ortsverwaltungs-Gemeinschaft, 3. Bericht der Delegierten über die Generalversammlung, 4. Verschiedenes.

**Franken- und Begräbniskasse des Vereins sämtlicher Berufs-klassen**, Berlin 2. (S. 6. Nr. 2). Versammlung am Sonntag, Abends 8 Uhr im Restaurant Sülow, Admiralsstr. 28. Ausgabe der Billets zum Stiftungsfest am 20. Juni. Die Mitglieder werden gebeten, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Gäste willkommen.

**Fachverein der in Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter.** Am Sonntag, den 14. d. M., findet eine Partie bei Buchbinder-Männern nach Marzendorf statt, und ersuchen wir unsere Mitglieder, sich recht zahlreich zu beteiligen, um so mehr, da dem betreffenden Jahrbuch des Monats (Schnee) wegen der Manufaktur die Langsamkeit entgegen wurde.

**Der Vermögensverein Berlin und Umgegend** hält am Sonntag, den 13. d. M., in der Reichs-Restaurant-Brauerei in Stealau ein Sommer-nachts-Fest ab, unter ständiger Mitwirkung des Arbeiter-Selbsthilfs-Vereins (Mitgl. d. A. S. B.), sowie berühmter Spezialitäten. Zur Auf-führung gelangt u. a. „Die Widmar'sche“, Entschluß von J. Stern. Billets zu 20 Pf. sind an der Kasse zu haben. Um recht zahlreichen Besuch wird gebeten.

**Fest- und Diskothek.** Freitag, „Carl Marx“, Abends 8 Uhr, bei Grube, Mariendorferstr. 19. Gäste haben Zutritt. — „Säden“, Abends 8½ Uhr bei Schwarzsopf, Stollbergstr. 11. Gäste, Damen und Herren, durch Mitglieder eingeführt, willkommen.

**Arbeiter-Gängerbund Berlin und Umgegend** Abends 8 Uhr, Uebungsstunde, Aufnahme von Mitgliedern. Männer-Selbsthilfs-Verein „Collegiat“, Restaurant Reichsbergerstr. 18. — Selbsterziehung des Arbeitervereins der Fabrik Berlin und Umgegend, „Gemeinschaft“, Seidelstr. 30 bei Freyer. — „Buchbinder-Männern“, Berlin, Alte Jakobstr. 75 bei Frey. — Männer-Selbsthilfs-Verein der Berliner Schmiede, bei Tempel, Breslauerstr. 27. — Arbeiter-Selbsthilfs-Verein „Nord“,

Brunnenstr. 28, d. Stadt. — Selbsterziehung „Vorbesprechung“, Restaur. Meinstr. 11 — Kaiserlicher Männerchor, Schönhäuser Allee 29 bei Rührberg, 24 Arbeiter-Selbsthilfs-Verein „Hoffnung“, Reichsbergerstr. 18 bei Schulze. — „Kammerlicher Selbsterziehung“, Gellertstr. 11 bei Koch. — Wilhelm Seeger'sche Siedertafel, Abends 8 Uhr bei Zuck, Reichsbergerstr. 22. — „Karlshaus'scher Selbsterziehung“, Or. Frankfurtstr. 29 bei Krüger, Frankfurter Allee. — Selbsterziehung „Jugendfreunde“ bei Keller, Bernstr. 28. — Arbeiter-Selbsthilfs-Verein „Walden“, Nowames, bei Gärtner, Wallstraße. — Arbeiter-Selbsthilfs-Verein „Walden“, Hochstraße 22, bei Witzke. — Arbeiter-Selbsthilfs-Verein „Vorwärts“, Adolbertstraße 21, bei Koll, früher Curatelstraße.

**Selbst- und Gesellige Vereine.** Männerchor Walden, rauenstr. 11, Marzgrafstr. 27 bei Weigt. — Männer-Selbsthilfs-Verein „Union“ Abends 8 Uhr, in der Berliner Koch-Brauerei. — Musikantentanten-Verein „Glocke“ 9-11, Uebungsstunde. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Vermögensverein „Lüdauf“, Abends 8½ Uhr, Sitzung bei Bödow, Friedrichstr. 29. Nach der Sitzung Tanz. Gäste willkommen. — Vermögensverein „Walden“, Sitzung mit Damen von 8 Uhr ab, Admiralsstr. 28 bei Bödow. Gäste willkommen. — „Gellert'scher Verein“ — „Immergrün“ Abends 8 Uhr, im Restaurant Seidow, Oranienstr. 26. — Verein ehem. Schüler der 28. Gemeinde-Schule, Sitzung, Abends 8 Uhr, im Grand Restaurant „Kordbäume“ (Zuh. Otto Koll), Andreaskstr. 2. Gäste willkommen. — „Rauschklub „Dreieck“, Abends 8½ Uhr, bei W. Spoth, Weinstraße 28. — „Starclub „Tournee“, Abends 8½ Uhr, beim Genossen Karl Ulrich, Wrangeistr. 24. Gäste durch Mitglieder eingeführt willkommen. „Rauschklub „Rote Luise“, Jeden Freitag Kapellmeisterstr. 120 bei Gindorf. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, willkommen. — „Bund der geselligen Arbeiter-Vereine“ Berlin und Umgegend. Freitag: Verein „Grüne Tanne“ 9 Uhr bei Zehner, Marzgrafstr. 2.

## Vermischtes.

**Aus der Pfalz.** Zwei gebildete Schurken wurden letzten Sonnabend, den 6. Juni, von der Strafkammer in Frankenthal abgeurtheilt; es waren dies der Laubstummel-Oberlehrer Ernst Kadner und der Lehrer an der gleichen Anstalt P. H. Henrich. Die Verhandlungen fanden hinter geschlossenen Thüren statt. Die Urtheilspublikation jedoch, die nach zweitägiger Verhandlung stattfand, ließ ein Bild der sittlichen Verkommenheit dieser Schufale erkennen, von welchen selbst die Richter von Eitel ergriffen waren. Systematisch haben diese Tropfen, obwohl verheiratet, 18 Jahre lang ihre armen Opfer körperlich und physisch vollkommen ruiniert; meistens wurden von diesen gebildeten Wüstlingen ihre Pflegslinge, denen sie Vaterstelle ersetzen sollten, schon im zwölften Jahre mißbraucht und elend gemacht. Der Kadner wurde denn auch zu einer Zuchthausstrafe von zwölf Jahren, Henrich zu einer Gefängnißstrafe von zwei Jahren nebst einem zehn-jährigen dreijährigen Schwerkraft verurtheilt. So lange die Hallunken noch nicht erkannt waren, fand man sie stets dabei auf die Sozialdemokraten Steine zu werfen, sie der Gottlosigkeit und Verächtung der guten Sitten zu zeihen, jetzt allerdings, leider zu spät, sind sie entlarvt. Ein wertwürdiges Licht wirft es immerhin auf unsere herrschenden Zustände, die es ermöglichen, daß die beiden Wüstlinge 18 Jahre lang ihr schändliches Handwerk betrieben haben. —

## Depeschen.

**(Depeschen des Bureau Herald.)**  
Wien, 11. Juni. Die Wiener Sozialisten berufen, die Aufhebung des Ausnahmezustandes anknüpfend, zu Sonntag eine Volksversammlung ein, in welcher über die politische Lage diskutirt werden soll.

**(Wolff's Telegraphen-Bureau.)**  
Mozambique, 11. Juni. (Telegramm des Neuter'schen Bureau's). Nach hier eingegangenen Nachrichten hätte sich der Häuptling Gouvera mit drei- bis vierhundert Eingeborenen gegen die Portugiesen empört und sich für England erklärt. Der Gouverneur sende Truppen ab, um den Aufstand zu unterdrücken.

## Briefkasten der Redaktion.

In unserer Nummer 129 brachten wir einen Artikel über das Diphtheritis-Heilverfahren eines gewissen Koortwyck, Neue Promenade 4 wohnhaft. Der Schlosser G., der in dem Artikel erwähnt ist, wird dringend ersucht, heute noch in unserer Redaktion seine Adresse abzugeben event. uns zu besuchen.

## Briefkasten der Expedition.

Für den Partei-Maisfonds gingen ferner folgende Beiträge bei uns ein:  
W. P. Chlthg. kaufm. Lohnarbeiter, „Salair“ zweier Tage 10.—. Vereit's quittirt 1294,55. In Summa 1804,55.  
Weitere Beiträge nimmt gern entgegen die Expedition Beuthstr. 3.

Für die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (Hamburg) [Maisfonds] gingen ferner ein:  
Hagen i. W. Von dem sibirischen Feilenbauer 2,00. Durch Leininger beim Stiftungsfest des Pilsenerklubs Angela Requena bei einer amer. II. Auktion in Weinmeisterhorn, Objekt ein Weißbierpropfen 16.—. Aus der Werkstatt von Wedgeleben, Kleine Markstraße 19/20, 6,50.

Für die gemäßigten Bergarbeiter gingen ferner ein:  
1 Schrubber durch amerikanische Auktion beim Selbsterziehung „Liedesfreiheit“ d. einer Geburtstagsfeier 31,05.

## Achtung! Wilmersdorf. Achtung! Große Volks-Versammlung

Sonnabend, den 13. Juni, Abds. 8 Uhr, in Vietzsch's Volksgarten.  
Tages-Ordnung:  
1. Die Kornzölle. Referent Reichstags-Abgeordneter August Bebel.  
2. Diskussion. — Entree nach Belieben.  
Der Einberufer.

## Arbeiter-Bildungs-Schule.

Freitag, den 12. d. M., Abends pünktlich 8½ Uhr:  
**Versammlung**  
bei Jöck, Andreasstraße 21.  
Erster Cyklus-Vortrag des Herrn G. Ledebour über: „Kassenkunde und Fragegeschichte“. (Die Vorträge werden wöchentlich fortgesetzt werden). Das Mitgliedsbuch legitimirt. Gäste zahlen 20 Pf.  
Der Vorstand.

## Allgemeiner deutscher Sattlerverein (Mitgliedschaft Berlin).

Am Sonnabend, den 13. d. M., Abends 8½ Uhr, bei Reyer, Alte Jakobstr. 83:  
**Versammlung mit Frauen.**  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Christaller über Lungenkrankheiten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
284/9

Allen Freunden und Parteigenossen theile ich hierdurch mit, daß ich **Kulmsr. 36, Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal** eröffnet habe. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.  
Julius Raumann.

**Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.**  
eigener Gr. Lager, bill. Preise.  
**Fabrik. Emil Heyn,**  
Brunnenstraße 28, Hof parterre.  
Theilzahlung nach Uebereinkunft.

**Mehlhandlung**  
Mantuffelstraße 75 L. Brachvogel.  
Ectea Pflaumen, vorzüglic. à Pfd. 40 Pf.  
Rosenische „ „ „ „ 30 „  
Pflaumenmus, hochfein „ „ 30 „  
Schmittapfel „ „ „ 60 „  
Birnen, „ à Pfd. 50, 40 und 30 „  
Potsdamer Zwieback „ à Pfd. 90 „  
Hochf. Tafelbutter à Pfd. 1,10 u. 1 M.

**Rechts-Bureau** des Königl. preuss. Amtsrichters a. D., Alte Jakobstr. 102, II. Gewissen, Rath, Hilfe in all. Angelegenh. Unentgeltlich. Sonntags bis 4. [1223 b

**Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.**  
Ganze Ausstattungen empfiehlt  
**Moritz Gläser,** 831 L  
167. Reichenbergerstr. 167.

Bringe meinen Freunden u. Genossen meine **Kind- u. Schweineschlächtere** in freundliche Erinnerung.  
**Zentral-Markthalle Stand 148.**  
527 L. **Carl Aurin.**

Wein eleg. einger. Lokal mit prächt. Vorgarten. **Vorplatz.** (50-60 Pers.), Billard u. Piano empf. zu recht massen. Besuch. **Kl. Weiss 10 Pl., vorzügl. Lagerbier 10 Pl. Oerre, Preylander Allee 26.**

**Betten** — Theilzahlung. F. R. Retzlaff, Bettfedern — Spezialgeschäft. Bräckenstraße 5 (Jannowihbrücke). 676 L

Ich nehme hiermit die im April 1891 gegen die Frau Tischler Lampo, Pappelallee 21a, ausgesprochene üble Nachrede mit Bedauern zurück. **Gustav Meckis.**

**Arbeitsmarkt.**  
Gen. f. f. Lohn. Besch., auch als Nebenbesch. Exp. d. „Deutschh.“, Wajasserstr. 07 II.  
Glaschleifer v. Krönke, Marzgrafstr. 50.  
Tischl. a. Klaviat. v. Reichenbergerstr. 64.  
Grübe Relief-Prägerinnen finden lohnende u. dauernde Beschäftigung in der Luxuspapier-Fabrik Schönhäuser Allee 164a.

**Orts-Frankenkasse der Steinbrücker und Lithographen.**  
Am 9. Juni er. verstarb unser Mitglied, der Steinbrücker Herr **Carl Röthe.** Die Beerdigung findet statt am Sonnabend, den 13. d., Abends 8 Uhr, von der Leichenhalle des Zionstirchhofes, Weihensee, Gustav-Adolphstraße, aus. Um zahlreiche Theilnahme bittet **Der Vorstand.** [1250 b

Hiermit sage ich meinem hochgeehrten Herrn Chef nebst seiner werthen Familie, der Vereinigung Berl. Blumenfabrikanten u. -Großisten, dem Komito-personal, sowie allen Kollegen und Kolleginnen, Freunden und Bekannten für die reichen Geschenke und Ehrenbezeugungen, die sie mir an meinem Jubiläum haben zu Theil werden lassen, meinen tiefgef. Dank. **Robert Schoons.**

Für Gefinnungsgenossen empf. mein großes Lager v. Schuhen u. Stiefeln mit Kontrollmarke. **G. Ferbe, Ritterstr. 114.**

**Bücher** kauft **A. Hannemann,** Kochstr. 56 L. [583 L]  
**Kinderwagen.** Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23, D. P.**  
Den Parteigenossen empfehle mich zur Anfertigung eleganter Herren-Garderobs. **Otto Beckurts,** Seydelstr. 25, Hof 3 Er. [1139 b